Entwurf

Haushaltsplan

für das

Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 02

Staatskanzlei

Vorwort zum Einzelplan 02

A. Gliederung

Der Einzelplan 02 enthält die Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Geschäftsbereichs der Staatskanzlei (StK):

1. Landeshaushalt

Kapitel		Seite
0201	Nds. Staatskanzlei	8
0202	Allgemeine Bewilligungen	30
0203	Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung	42
0206	Nds. Landesarchiv – budgetiert	69
0291	Fachaufgaben der Ämter für regionale Landesentwicklung	80

Rücklagen: Keine

2. Sondervermögen: Keine

3. Übersicht über Beschäftigungsvolumen, Budget und Stellen (BBS)

B. Wesentliche organisatorische Änderungen

1. Landeshaushalt

Die Niedersächsische Landesregierung hat am 20.05.2025 eine neue Aufbauorganisation der Niedersächsischen Staatskanzlei beschlossen. Hintergrund der Umorganisation der Staatskanzlei ist die Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB). Im Zuge dieser Umorganisation ist der bisherige Einzelplan 16 des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung in den Einzelplan 02 der Staatskanzlei integriert worden.

Mit der neuen Aufbauorganisation verbunden ist auch ein Übergang von Aufgaben aus dem MB (Ref. Z4 Verwaltungsbehörde EFRE und ESF+ mit Ausnahme der Aufgaben der Strategischen Planung zukünftiger Förderperioden und der EU-Landesförderstrategie 2028–2034) an das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen (MW) sowie ein Übergang von Teilen der Stabsstelle Transformation der Wirtschaft des MW an die StK. Die hiermit verbundenen haushaltsmäßigen Darstellungen erfolgen über die sog. technische Liste im Rahmen der parlamentarischen Beratung des HPE 2026.

2. Sondervermögen

keine

C. Hochbaumaßnahmen

keine

D. Politisch bedeutsame Vorhaben

Standortkampagne Niedersachsen (Kapitel 0201 Titelgruppe 80)

Zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Fachkräftegewinnung und zur positiven Wahrnehmung des Landes plant die Landesregierung eine umfassende Standortmarketingkampagne. Ziel ist, die besonderen Standortvorteile Niedersachsens – beispielsweise in den Bereichen Energieverfügbarkeit, Fachkräfteverfügbarkeit, Verkehrs- und genauso Netzinfrastruktur Digitalisierung, gesellschaftlicher und regionaler Vielfalt, Mobilität und Lebensqualität – bundesweit und international in definierten Zielgruppen sichtbar zu machen.

Zukunftsregionen

Mit dem Programm Zukunftsregionen unterstützt die Niedersächsische Staatskanzlei auf Grundlage des niedersächsischen Operationellen Programms (OP), das Mittel aus dem EFRE und ESF+ beinhaltet, in Niedersachsen Landkreise und kreisfreie Städte, wenn sie über den Weg der regionalen Zusammenarbeit Herausforderungen in Innovation, Umwelt- und Klimaschutz oder Gesundheit und Pflege gemeinsam angehen wollen. Das Instrument ist auf die langfristige Stärkung regionaler Kooperationen angelegt. Es soll die Fähigkeit der Regionen zur Entwicklung gemeinsamer Projekte dauerhaft stärken.

Kofinanzierungshilfen

Mit dem Instrument „Kofinanzierungshilfen“ unterstützt die Niedersächsische Staatskanzlei seit dem Jahr 2022 finanzschwache Gebietskörperschaften in Niedersachsen, die selbst nicht in der Lage sind, die notwendigen Eigenanteile zur Kofinanzierung von EU-Förderprojekten aufzubringen. Über die entsprechende Förderrichtlinie werden wirtschaftliche und langfristig bestandsfähige Maßnahmen unterstützt, die in besonderer Weise einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung regionsspezifischer Herausforderungen und zur Umsetzung der Operativen Ziele der Regionalen Handlungsstrategie des jeweiligen Amtes für regionale Landesentwicklung leisten. Die Kofinanzierungshilfen leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung strukturschwacher Räume in Niedersachsen.

Resiliente Innenstädte

Die Corona-Pandemie hat vielfach bereits bestehende Probleme der Innenstädte auch in großen Städten beschleunigt und deutlich sichtbar gemacht. Neben Leerständen aufgrund der Veränderung von Einzelhandelsstrukturen geht es auch um Nutzungsmischung, Mobilität sowie Klimaschutz und Klimaanpassung. Das Programm fördert auf Grundlage des niedersächsischen OP eine integrierte Stadtentwicklung mit sozialen, ökologischen und ökonomischen Facetten und richtet sich an Städte, die sich der Herausforderung einer mittelfristigen Transformation der Innenstädte stellen und damit auch Modell für andere sein werden.

Zukunftsräume

Ziel des Programms Zukunftsräume ist die Unterstützung von kleinen und mittleren Zentren in ländlichen Räumen, die sowohl ihre Attraktivität für Bewohnerinnen und Bewohner der ländlichen Räume bewahren als auch ihrem Versorgungsauftrag als Grund- und Mittelzentren gerecht werden müssen. Es werden Zukunftsprojekte gefördert, die die Ankerfunktion dieser Zentren erhalten bzw. verbessern.

Regionale Versorgungszentren

Das Modellprojekt der Regionalen Versorgungszentren adressiert das Thema der sozialen Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen und in Räumen mit besonderen Herausforderungen. Die im Modellprojekt geförderten Vorhaben zielen auf die Bündelung von Versorgungsleistungen an gut erreichbaren Orten, um die Attraktivität ländlicher Räume zu erhalten und zu steigern.

Interreg A

Das Programm Interreg A Deutschland-Niederlande fördert die Zusammenarbeit und das Zusammenwachsen im Grenzraum und deckt neben Teilen von Nordrhein-Westfalen und acht niederländischen Provinzen in Niedersachsen die Region Weser-Ems ab. Fokusthemen für die Investitionen sind Agro & Food, Health & Care, High-Tech Systeme & Materialien, Energie & Klima sowie Integration, Ausbildung & Arbeitsmarkt.

E. Nachhaltigkeit

Die Niedersächsische Staatskanzlei trägt im Rahmen seiner Ressortaufgaben wesentlich zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) 1 „Keine Armut“, 2 „Kein Hunger“, 3 „Gesundheit und Wohlergehen“, 4 „Hochwertige Bildung“, 5 „Geschlechtergleichheit“, 6 „Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen“, 7 „Bezahlbare und saubere Energie“, 8 „Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum“, 9 „Industrie, Innovation und Infrastruktur“, 10 „Weniger Ungleichheiten“, 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“, 12 „Nachhaltiger Konsum und Produktion“, 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“, 14 „Leben unter Wasser“, 15 „Leben an Land“, 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ und 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ bei.

Kap.	Bezeichnung	Einnahmen					Gesamtein- nahmen	4 Personal- ausgaben	5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausga- ben für den Schuldendienst
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen	2 Einnahmen aus Zuwei- sungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitio- nen, besondere Finanzierungs- einnahmen				
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
0201	Nds. Staatskanzlei	—	404	1.120	—	1.524	30.394	14.216	
0202	Allgemeine Bewilligungen	—	30	38	—	68	—	468	
0203	Regionale Landesentwicklung, EU- Förderung	—	351	260	600	1.211	—	775	
0206	Nds. Landesarchiv - budgetiert	—	440	275	—	715	10.843	2.468	
0291	Fachaufgaben der Ämter für regio- nale Landesentwicklung	—	—	—	—	—	4.403	—	
	Summe 2026	—	1.225	1.693	600	3.518	45.640	17.927	
	Summe 2025	—	808	275	—	1.083	27.064	8.445	
	2026 mehr(+)/weniger(-)	—	+417	+1.418	+600	+2.435	+18.576	+9.482	

ben und Verpflichtungsermächtigungen

Ausgaben					2026 Überschuss (+) Zuschuss (-) (Sp. 7 - Sp. 14)	2025 Überschuss (+) Zuschuss (-)	2026 Verbesserung(+) Verschlechterung (-) (Sp. 15 - Sp. 16)	Verpflichtungs- ermächtigungen
6 Ausgaben für Zuwei- sungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsför- dermaßnahmen	9 Besondere Finan- zierungsausgaben	Gesamtausgaben				
Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
10	11	12	13	14	15	16	17	18
76	—	25	971	45.682	-44.158	-22.699	-21.459	—
7.464	800	—	—	8.732	-8.664	-7.790	-874	850
26.308	—	600	—	27.683	-26.472	—	-26.472	5.578
102	—	270	1.930	15.613	-14.898	-14.141	-757	—
—	—	—	—	4.403	-4.403	—	-4.403	—
33.950	800	895	2.901	102.113	-98.595	-44.630	-53.965	6.428
7.586	—	145	2.473	45.713	—			450
+26.364	+800	+750	+428	+56.400				+5.978

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 01-3	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		4	3	+1	—
119 02-1	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		—	—	—	—
119 03-0	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten <i>*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden.</i>		248	244	+4	258
119 11-0	011	Einnahmen aus Sponsoring (Tag der Deutschen Einheit) <i>Vgl. K-Vermerk zu 541 12.</i>		—	—	—	—
119 30-7	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 41-2	011	Rückzahlung überzahlter Beträge		2	1	+1	0
119 46-3	011	Ersatzleistungen und andere Entschädigungen aus Versicherungsverträgen und von Privaten für Schäden		1	1	—	—
124 01-7	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		1	1	—	1
125 61-7	011	Einnahmen des Gästehauses der Landesregierung, sonstige Dienstleistungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 61.</i>		105	105	—	120
132 01-0	011	Einnahmen aus der Veräußerung beweglicher Sachen		1	1	—	—
132 11-7	011	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
132 12-5	011	Einnahmen aus der Veräußerung von Gastgeschenken <i>Vgl. K-Vermerk zu 684 11.</i>		1	1	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 63		Einnahmen aus Anlass des 75. Jahrestages der Gründung des Landes Niedersachsen und des Tages der Niedersachsen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 63.</i>		(—)	(—)	(—)	(—)
119 63-3	011	Einnahmen aus Sponsoring		—	—	—	—
122 63-4	011	Einnahmen aus Konzessionen		—	—	—	—
124 63-7	011	Einnahmen aus Kostenerstattungen für Standgebühren, Zeltvermietungen u. ä.		—	—	—	—
129 63-9	011	Sonstige Einnahmen		—	—	—	—
TGr. 64		Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 64.</i>		(1.085)	(994)	(+91)	(1.048)
124 64-5	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und sonstiger Nutzung		1	1	—	0
129 64-7	011	Erstattung von Umsatzsteuer		32	20	+12	42

ERLÄUTERUNGEN

Zu 119 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 119 02

Abgabe kann bei Bedarf unentgeltlich an öffentliche Dienststellen und Institutionen zu wissenschaftlichen und zu Austauschzwecken erfolgen.

Zu 119 03

	2026 1000 EUR	
Abführung aufgrund des § 5 Abs. 3 des Ministergesetzes vom 3.4.1979 (Nds. GVBl. S. 105) in der jeweils geltenden Fassung		248
Ablieferung aufgrund des § 9 Niedersächsische Nebentätigkeitsverordnung (NNVO) vom 6.4.2009 (Nds. GVBl. S. 140) in der jeweils geltenden Fassung		0
Zusammen		248

Zu 119 41

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 124 01

	2026 1000 EUR	
1. Amts- und Dienstwohnungen		-
2. Sonstige Mieten und Pachten		1
Zusammen		1

Zu 125 61

Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Gästehauses der Landesregierung in Hannover, Lüerstr. 5; vgl. Ausgabeteilgruppe 61.

Zu 132 12

Gastgeschenke sind Gegenstände, die der Ministerpräsidentin/dem Ministerpräsidenten im Rahmen der Ausübung ihres/seines Amtes überreicht werden. Die Veräußerung von Gegenständen erfolgt, wenn sie zur Erfüllung der Aufgaben des Landes in absehbarer Zeit nicht benötigt werden (vgl. § 63 Abs. 3 LHO).

Zu Titelgruppe 64

Verlagerung von Kapitel 1601 Titelgruppe 61 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2026 2025	2026	2025	- = weniger	2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
231 64-6	011	Zuweisungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zu staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen der Landesvertretung		25	25	—	24
232 64-2	011	Erstattungen anderer Länder für die gemeinsame Nutzung der Landesvertretung		365	365	—	205
281 64-3	011	Erstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung		418	373	+45	474
282 64-0	011	Sponsoringleistungen, Spenden und sonstige Zuschüsse aus dem Inland		244	210	+34	302
TGr. 70		Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union		(76)	(88)	(-12)	(94)
124 70-0	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und sonstiger Nutzung		8	20	-12	7
281 70-8	011	Erstattungen Dritter für Veranstaltungen in der Landesvertretung <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.</i>		8	8	—	18
282 70-4	011	Sponsoringleistungen für Veranstaltungen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 70.</i>		60	60	—	70
A U S G A B E N							
412 11-0	011	Vergütung der Vorsitzenden der Einigungsstellen gem. § 71 Abs. 7 NPersVG	—	2	1	+1	—
421 01-1	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister	—	476	248	+228	226
421 02-0	011	Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und Minister - Übergang	—	116	—	+116	—
422 01-8	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 422 01, 428 01, 0291-422 01 und 0291-428 01.</i> <i>*** Gemäß § 17 Abs. 1 S. 2 LHO ist die Erläuterung verbindlich.</i>	—	28.126	15.645	+12.481	8.580
422 19-0	011	Altersteilzeitzuschläge	—	—	—	—	—
427 01-0	011	Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	—	4	1	+3	0
427 39-7	011	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
428 01-6	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer <i>Vgl. D-Vermerk zu 422 01.</i>	—	—	—	—	5.445
428 04-0	011	Entgelte für Auszubildende	—	10	—	+10	—
428 06-7	011	Mehrarbeits- und Überstundenentgelte sowie Zeitzuschläge für Überstunden	—	2	1	+1	—
441 01-2	841	Beihilfen für Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	—	1.016	624	+392	597
441 05-5	841	Beihilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	—	5	1	+4	0
443 01-5	841	Fürsorgeleistungen	—	21	5	+16	4

ERLÄUTERUNGEN

Zu 231 64

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gewährt Zuweisungen zu staatsbürgerlichen Bildungsveranstaltungen.

Zu Titelgruppe 70

Verlagerung von Kapitel 1601 Titelgruppe 62 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 412 11

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 421 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 422 01

Mehr aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Die erste Vorzimmerkraft der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten wird übertariflich in die Entgeltgruppe (EG) 10 TV-L eingruppiert und erhält für die Dauer dieser Tätigkeit eine monatliche persönliche außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem übertariflichen Entgelt der EG 10 TV-L und der EG 12 TV-L. Nach dem nicht selbst zu vertretenden Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst wird die zuletzt zustehende Zulage jährlich in gleichen Beträgen abgebaut.

Die zweite Vorzimmerkraft der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten, die erste Vorzimmerkraft der Chefin/des Chefs der Staatskanzlei, die erste Vorzimmerkraft der Sprecherin/des Sprechers der Landesregierung, die erste Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers für Europa und Regionale Landesentwicklung und die erste Vorzimmerkraft der/des Bevollmächtigten beim Bund (Staatssekretärin/Staatssekretär) wird für die Dauer der Vorzimmertätigkeit übertariflich in EG 9b TV-L eingruppiert. Die Vorzimmerkraft erhält eine außertarifliche Zulage von 149,61 Euro (Stand 01.02.2025); dieser Betrag wird bei linearen Tarifierhöhungen angepasst und verdoppelt sich nach zweijähriger Vorzimmertätigkeit. Nach sechsjähriger Vorzimmertätigkeit wird die Vorzimmerkraft unter Wegfall der Zulage für die weitere Dauer der Vorzimmertätigkeit übertariflich in EG 10 TV-L eingruppiert.

Die dritte Vorzimmerkraft der Ministerpräsidentin/des Ministerpräsidenten, die zweite Vorzimmerkraft der Chefin/des Chefs der Staatskanzlei, die zweite Vorzimmerkraft der Sprecherin/des Sprechers der Landesregierung und die zweite Vorzimmerkraft der Ministerin/des Ministers für Europa und Regionale Landesentwicklung wird für die Dauer der Vorzimmertätigkeit übertariflich in EG 6 TV-L eingruppiert. Die Vorzimmerkraft erhält eine außertarifliche Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den Entgelten nach EG 6 TV-L und EG 8 TV-L (erfahrungsstufengleich).

Die Vorzimmerkräfte der Abteilungsleitungen, der Leitung der Landesvertretung Berlin und dem der Chefin/dem Chef der Staatskanzlei unmittelbar unterstellten Referatsgruppenleitungen (soweit diese eine Besoldung nach Besoldungsgruppe B 3 NBesG erhalten) werden für die Dauer der Vorzimmertätigkeit übertariflich in EG 6 TV-L eingruppiert. Nach zweijähriger Vorzimmertätigkeit erhalten sie eine außertarifliche Zulage in Höhe von 57,55 Euro (Stand 01.02.2025); diese wird bei linearen Tarifierhöhungen angepasst.

Für Vorzimmerkräfte, die aus nicht von ihnen zu vertretenden Gründen aus dem Vorzimmer ausscheiden, gilt Folgendes:

Die außertariflichen Zulagen werden nach dem Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst abgeschmolzen. Nach sechsjähriger Vorzimmertätigkeit bleiben die übertariflichen Eingruppierungen nach EG 6 TV-L auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorzimmerdienst erhalten; die übertarifliche Eingruppierung nach EG 10 TV-L wandelt sich in eine übertarifliche Eingruppierung nach EG 9a unter Gewährung einer außertariflichen Zulage, die ebenfalls abgeschmolzen wird.

Zu 427 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 428 04

Veranschlagt für zwei bei der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin beschäftigte Auszubildende (Die Ausbildung ist in den Berufsfeldern Kauffrau/Kaufmann für Büromanagement, Verkaufsauffrau/-kaufmann, Restaurantfachfrau/-mann oder Köchin/Koch möglich).

Zu 428 06

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 441 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 441 05

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

ERLÄUTERUNGEN

Zu 443 01

Ansatzhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	4	5	6	7	8
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
443 03-1	841	Fürsorgeleistungen (Medizinische Dienste, Ärzte usw.)	—	40	45	-5	21
453 01-0	011	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	—	111	—	+111	—
511 01-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 511 01, 514 01, 514 02, 514 04, 517 01, 518 01, 518 02, 519 01, 525 01, 526 01, 526 02, 527 01, 527 02, 531 13, 531 14, 539 11, 541 11, 546 01, 546 03, 546 11 und 547 11.</i>	—	386	339	+47	141
514 01-0	011	Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl. <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	121	61	+60	38
514 02-8	011	Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände (einschl. Zuschüsse) <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
514 04-4	011	Sonstige Verbrauchsmittel <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	—	—	—
517 01-9	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	897	710	+187	609
518 01-5	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1.028	30	+998	28
518 02-3	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	53	38	+15	30
519 01-1	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	91	20	+71	81
525 01-1	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	106	63	+43	39
526 01-8	011	Ausgaben für Sachverständige <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	46	34	+12	32
526 02-6	011	Gerichtskosten und ähnliche Ausgaben <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	20	20	—	14
527 01-4	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Einnahmen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i>	—	200	125	+75	99
527 02-2	011	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungsangelegenheiten und in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	2	1	+1	—
529 11-4	011	Zur Verfügung der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	20	20	—	19

ERLÄUTERUNGEN

Zu 453 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 511 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).
Verlagerung nach Titel 519 01 (-70.000 EUR.)

Zu 514 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2025	Soll 2025	Für 2026 erforderlich
Pkw	1	1	1
Leasing-PKW	5	4	4
Zusammen	6	5	5

Zu 517 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 518 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Die VE wurde 2021 überplanmäßig ausgebracht.

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	110	—	—	110
2027	110	—	—	110
2028	110	—	—	110
2029	110	—	—	110
2030 ff.	216	—	—	216
Summe	656	—	—	656

Zu 518 02

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 519 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).
Verlagerung von Titel 51101 (+70.000 EUR).

Zu 525 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 527 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 527 02

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2026	2025	- = weniger	2024
1	2	3	2026 2025	2026	2025	2026 2025	2024
1	2	3	4	5	6	7	8
529 12-2	011	Zur Verfügung der Ministerin oder des Ministers	—	5	5	—	2
531 01-1	013	Veröffentlichungen und Dokumentationen <i>Übertragbar.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i> <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	88	103	-15	84
531 11-9	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 531 11 und 531 12.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i> <i>Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Einnahmen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i> <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	410	440	-30	347
531 12-7	013	Zur Information über das Land Niedersachsen und die Tätigkeit der Landesregierung - Internet - <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 531 11.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	260	220	+40	285
531 13-5	013	Verkündung der Amtsblätter <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	—	10	-10	14
531 14-3	013	Ausgaben für Basisdienst VORIS <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	125	125	—	115
539 11-0	011	Ehrenzeichen und sonstige Auszeichnungen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	5	5	—	1
541 11-4	011	Repräsentationsausgaben <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i> <i>*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Einnahmen von den Ausgaben abgesetzt werden.</i> <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	707	785	-78	1.184
541 12-2	011	Öffentlichkeitsarbeit (Tag der Deutschen Einheit) <i>Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 119 11.</i>	—	88	90	-2	75
546 01-9	011	Sonstige Ausgaben <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	23	17	+6	5
546 02-7	011	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	—	2	1	+1	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 529 12

Verlagerung von 1601-529 01 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 531 01

Verlagerung von 1601-531 01 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 531 11

Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung, u. a. Aufwendungen für Broschüren, Internet, Informationsmaterial und kleine Werbegeschenke, Veröffentlichungen, eigene Informationsdienste, Pressekonferenzen und Pressefahrten, Informationsveranstaltungen, Bewirtung im Zusammenhang mit der Presse-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit; Bezugsgebühren für Nachrichtendienste.

Mehrbedarf aufgrund von erheblichen Preissteigerungen im Bereich der Medienauswertung sowie höhere Kosten für Informationsmaterial und kleine Werbegeschenke, Pressekonferenzen und Pressefahrten (+10.000 EUR).

Verlagerung von Titel 531 11 nach Titel 531 12 zur Anpassung an das IST-Ergebnis (-40.000 EUR).

Zu 531 12

Ausgaben für die Pflege des Internetauftritts des Landes einschließlich des zugrundeliegenden Redaktionssystems.

Verlagerung von Titel 531 11 nach Titel 531 12 zur Anpassung an das IST-Ergebnis (+40.000 EUR).

Zu 531 13

Kosten für die Digitalisierung der alten Nds. GVBl. und Nds. MBl. nach Einführung der elektronischen Verkündungsplattform, vgl. TGr. 74/75.

Zu 531 14

Mittelverlagerung seit 2024 vom MI (Kapitel 0303, TGr. 77-80) für Betriebsaufwand NI-VORIS.

Zu 539 11

Orden und Ehrenzeichen einschl. Urkunden, insbesondere Niedersächsischer Verdienstorden und Verdienstmedaille für vorbildliche Verdienste um den Nächsten.

Zu 541 11

Ausatzerhöhung (+27.000 EUR) aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Aufwendungen für repräsentative Veranstaltungen, u. a. Staatsbesuche, Gäste aus dem Ausland, Auslandsreisen des Ministerpräsidenten, des Chefs der Staatskanzlei sowie der Ministerin für Europa und Regionale Landesentwicklung, Empfänge, Verleihung des Niedersächsischen Staatspreises, Ehrung der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger, Bürgerdialoge.

Minderbedarf (-25.000 EUR) für Delegationsreisen sowie Wegfall der von Niedersachsen im September 2024 übernommenen Aufgabe der Einladung zur Koordinierung der A-Länder im Bundesrat (-80.000 EUR).

Zu 546 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 546 02

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
546 03-5	011	Umzug und Verlegung von Dienststellen <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	12	11	+1	14
546 09-4	011	Umsatzsteuer	—	—	—	—	—
546 11-6	011	Mitgliedsbeiträge <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	1	1	—	0
546 30-2	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 11-2	012	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 511 01.</i>	—	6	6	—	9
632 11-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Baden-Württemberg	—	75	80	-5	54
684 11-0	011	Spenden an soziale oder ähnliche Einrichtungen <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 132 12.</i> <i>*** Erlöse aus der Veräußerung von Gastgeschenken an den Ministerpräsidenten dürfen bis zu einer Höhe von 250 EUR je Gegenstand für gemeinnützige Zwecke gespendet werden.</i>	—	1	1	—	—
698 11-0	011	Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	—	—	—	—	—
811 01-4	011	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	—	—	—	—
812 15-0	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	25	15	+10	9
972 13-1	881	Ressortspezifische Zuschussminderung HP 2021	—	-180	-91	-89	—
972 20-4	881	Ressortspezifische Zuschussminderung	—	—	—	—	—
981 01-7	891	Abführung an 1321-38102	—	1.151	634	+517	633
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Bewirtschaftung des Gästehauses der Landesregierung in Hannover, Luerstraße 5 <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Minder-Einnahmen bei 125 61.</i>	(—)	(308)	(308)	(—)	(326)
511 61-4	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	40	40	—	54
514 61-3	011	Verbrauchsmittel	—	90	90	—	109
517 61-2	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	90	90	—	92
547 61-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	88	88	—	72
812 61-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 546 03

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 632 11

Verlagerung von 1601-632 11 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Nach dem Abkommen über den Beobachter der Länder bei den Europäischen Gemeinschaften vom 24.10.1996 ist ein Beobachter der Länder bei der EU in Brüssel bestellt worden, der den Bundesrat bei der Wahrnehmung seiner Rechte in Angelegenheiten der EU unterstützt und die Länder über für sie bedeutsame Vorgänge im Bereich der EU informiert (insbesondere durch die laufende Berichterstattung über die Sitzungen des Rates). Die vom Land Baden-Württemberg getragenen Kosten für den Länderbeobachter werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt. Veranschlagt ist der voraussichtlich auf das Land Niedersachsen entfallende Anteil.

Zu 684 11

Spenden an gemeinnützige Einrichtungen aus der Veräußerung von Gegenständen, die der Ministerpräsidentin/dem Ministerpräsidenten im Rahmen der Ausübung seines Amtes überreicht werden.

Zu 812 15

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 972 13

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 981 01

Ansatzserhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Epl. 13.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
TGr. 63		75. Jahrestag der Gründung des Landes Niedersachsen und Tag der Niedersachsen Übertragbar. <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 63.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
511 63-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
541 63-7	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	—	—	—	—
546 63-9	011	Umsatzsteuer für Betriebe gewerblicher Art	—	—	—	—	—
547 63-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 63-9	011	Sonstige Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
685 63-9	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	—	—	—	—
TGr. 64		Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Minder-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 64.</i>	(—)	(1.773)	(1.773)	(—)	(1.541)
511 64-9	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	89	89	—	63
514 64-8	011	Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl., sonstige Verbrauchsmittel	—	6	13	-7	2
517 64-7	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	759	809	-50	607
518 64-3	011	Mieten und Pachten	—	15	20	-5	19
519 64-0	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5	5	—	7
525 64-0	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten	—	15	15	—	14
526 64-6	011	Ausgaben für Sachverständige	—	26	26	—	16
527 64-2	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	20	20	—	20
531 64-0	013	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	10	10	—	3
541 64-5	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	800	750	+50	758
546 64-7	011	Umsatzsteuer für Betriebe gewerblicher Art	—	27	15	+12	32
547 64-3	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	1	1	—	1
812 64-9	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 64

Verlagerung von Kapitel 1601 Titelgruppe 61 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Veranschlagt sind die Ausgaben der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin, In den Ministergärten 10. Ausgewiesen werden in der Titelgruppe auch Bewirtschaftungsausgaben für die Landesvertretung Schleswig-Holstein, soweit die Abrechnung über die Vertretung des Landes Niedersachsen erfolgt.

Zu 514 64

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2025	Soll 2025	Für 2026 erforderlich
Leasing-PKW	1	1	1

Zu 541 64

Die Betreuung von Besuchergruppen und die Durchführung von Veranstaltungen aller Art sind wesentliche Aufgaben der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin. Sie dienen repräsentativen Zwecken und zur Pflege der Beziehungen zu politischen, ökonomischen und kulturellen Entscheidungsträgern sowie zur positiven Darstellung unseres Landes in diesen Kreisen und in der Öffentlichkeit. Sie sind damit Teil der Lobbyarbeit für Niedersachsen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
TGr. 66		Bündnis für Niedersachsen <i>Übertragbar.</i> <i>*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Einnahmen von den Ausgaben abgesetzt werden. Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(268)	(300)	(-32)	(364)
511 66-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
526 66-2	011	Ausgaben für Sachverständige	—	5	5	—	—
531 66-6	011	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	165	155	+10	308
541 66-1	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	93	135	-42	52
547 66-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	3
TGr. 70		Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Minder-Einnahmen bei 281 70 und 282 70.</i>	(—)	(966)	(926)	(+40)	(1.009)
429 70-5	011	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	461	436	+25	429
459 70-1	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	4	4	—	4
511 70-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	50	65	-15	46
514 70-2	011	Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.	—	2	3	-1	1
517 70-1	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	204	204	—	288
518 70-8	011	Mieten und Pachten	—	9	8	+1	9
519 70-4	011	Kleinere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen	—	5	5	—	15
527 70-7	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	30	20	+10	27
531 70-4	013	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	1	1	—	—
541 70-0	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	190	175	+15	156
546 70-1	011	Umsatzsteuer	—	5	—	+5	—
547 70-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	22
812 70-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	13

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 66

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ ist eine gemeinsame Initiative des DGB, der beiden christlichen Kirchen, der UVN und der Landesregierung. Gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesagentur und den Agenturen für Arbeit, den großen Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen, Unternehmen, Kammern, zahlreichen Verbänden und Einzelpersonen, die das Bündnis unterstützen, arbeiten die Bündnispartner/innen zusammen, um sich solidarisch für eine erfolgreiche Flüchtlingsintegration zu engagieren. „Niedersachsen packt an“ koordiniert einen breit angelegten, partizipativen Prozess. Gemeinsam werden Maßnahmen der Flüchtlings- und Integrationsarbeit in Niedersachsen gebündelt, entwickelt und umgesetzt, die Zusammenarbeit ausgebaut und gefestigt. Das Bündnis trägt dazu bei, die öffentliche Akzeptanz und Haltung für Zuwanderung zu stärken und ein integrationsfreundliches Klima zu fördern. Konsens der Bündnispartnerinnen und -partner ist es, die Bündnisarbeit als ein landesweites „Bündnis für Integration“ fortzuführen mit dem Ziel, Zugewanderte stärker an unserer Gemeinschaft teilhaben zu lassen.

Das Bündnis richtet u.a. Integrationskonferenzen, -dialoge, Fachtagungen und regionale Netzwerktreffen aus, in denen sich die Akteurinnen und Akteure vernetzen, Handlungsschwerpunkte identifizieren, Lösungen erarbeiten und gute Beispiele herausstellen. Regionale Integrationsdialoge helfen bei der Positionsbestimmung und der Optimierung der Integrationsmaßnahmen vor Ort und geben praxisrelevante Impulse.

Schwerpunkt der Arbeit ist darüber hinaus eine vielfältige und zielgruppengerechte Öffentlichkeitsarbeit. Durch eine zeitgemäße Ansprache auf unterschiedlichen medialen Wegen soll ein positives Klima zum Thema Migration und Integration geschaffen werden.

Die Abstimmung der Bündnisaktivitäten übernimmt ein Koordinierungskreis der Bündnispartner. In der Niedersächsischen Staatskanzlei ist die Geschäftsstelle eingerichtet, die die organisatorischen und inhaltlichen Fragen der Bündnisarbeit koordiniert.

Zu Titelgruppe 70

Verlagerung von Kapitel 1601 Titelgruppe 62 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Die Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union in Brüssel ist Teil der Europa-Abteilung der Niedersächsischen Staatskanzlei.

Vor Ort sind z. Zt. 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon gehören 15 Beschäftigte zum Stammpersonal. Hiervon werden zehn auf Stellen des Einzelplans 02 geführt, deren Bezüge im Personalkostenbudget bei Kapitel 0201 Titel 422 01 veranschlagt sind. Die Entgelte der fünf nach belgischem Recht eingestellten Kräfte (sog. Ortskräfte) werden aus der TGr. 70 finanziert.

Darüber hinaus sind in der Landesvertretung zehn aus den niedersächsischen Ministerien abgeordnete Bedienstete tätig. Für die Dauer der Abordnung werden die Bezüge von den entsendenden Dienststellen weitergezahlt.

Neben den Personalausgaben für die Ortskräfte sind insbesondere die Sachausgaben der Landesvertretung in der Titelgruppe 70 veranschlagt. Die Sachausgaben für die IT-Betreuung sind im Kapitel 0201 TGr. 98/99 ausgewiesen.

Zu 514 70

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen

	Ist 1.1.2025	Soll 2025	Für 2026 erforderlich
Leasing-PKW	1	1	1

Zu 541 70

Die Durchführung von Veranstaltungen sowie Kontaktpflege und Besucherbetreuung gehören zu den zentralen Aufgaben der Vertretung in Brüssel. Mit ihrer Hilfe sollen vor allem der Kommunikationsprozess und die Lobbyfunktion der Vertretung gestärkt werden. Veranschlagt sind die in diesem Zusammenhang anfallenden sächlichen Verwaltungsausgaben.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 72		Bürgerschaftliches Engagement <i>Übertragbar.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(698)	(722)	(-24)	(230)
511 72-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	2	2	—	—
526 72-7	011	Ausgaben für Bürgerräte	—	500	500	—	—
531 72-0	013	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	111	135	-24	78
541 72-6	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	35	35	—	—
547 72-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	50	50	—	152
TGr. 73		Entwicklung Content-Management-System <i>Übertragbar.</i>	(—)	(—)	(870)	(-870)	(36)
511 73-8	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
514 73-7	011	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	—
518 73-2	011	Mieten und Pachten	—	—	—	—	—
538 73-3	011	Ausgaben für Datenverarbeitung	—	—	870	-870	36
547 73-2	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 73-8	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—
TGr. 74/75		Elektronische Verkündung Niedersachsen <i>Übertragbar.</i>	(—)	(50)	(44)	(+6)	(46)
511 75-4	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
514 75-3	011	Verbrauchsmittel	—	—	—	—	—
538 74-1	011	Ausgaben für Datenverarbeitung - Aufträge an IT.N	—	50	44	+6	46
538 75-0	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Ausgaben an Dritte)	—	—	—	—	—
547 75-9	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
812 74-6	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen durch IT.N	—	—	—	—	—
812 75-4	011	Erwerb von Geräten und sonstigen Sachen durch Dritte	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 72

Die Mittel sind bestimmt für Maßnahmen, Initiativen und Projekte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements/der Bürgergesellschaft (u.a. Mitfinanzierung eines landesweiten Preises zur Förderung der Anerkennungskultur und die Finanzierung einer Ehrenamtskarten-App), für einen Versicherungsschutz für ehrenamtlich Engagierte in Form einer Unfall- und Haftpflichtversicherung sowie für Dienstleistungen zur Umsetzung von Bürgerräten.

Zu 526 72

Dienstleistungen zur Umsetzung von Bürgerräten und Bürgerbeteiligung.

Zu Titelgruppe 73

Die Ausgaben sind vorgesehen für die Planung, Entwicklung und Erprobung eines neuen Content-Management-Systems (CMS), da das bisherige System veraltet ist und die bestehenden rechtlichen Anforderungen (z. B. Barrierefreiheit) nicht mehr hinreichend abbilden kann. Die Neuentwicklung soll als sog. Open-Source-System ausgelegt werden, damit Lizenzkosten gesenkt und eventuell später notwendige Anpassungen bzw. Fortentwicklungen auch durch verschiedene Dritte möglich sind. Entsprechend den bisherigen Planungen ist weiterhin vom ursprünglichen Mittelbedarf für das Gesamtprojekt auszugehen.

Das Projekt zur Einführung eines neuen CMS für die Landesverwaltung wird nach jetzigem Planungsstand Ende 2026 abgeschlossen sein. Die im Haushaltsjahr 2026 noch benötigten Haushaltsmittel sollen aus nicht verbrauchten Mitteln der Jahre 2024 und 2025 gedeckt werden.

Zu Titelgruppe 74/75

Die Ausgaben sind für den Betrieb und die Pflege der im Rahmen des Projektes „Elektronische Verkündung von Rechtsnormen in Niedersachsen“ entwickelten elektronischen Verkündungsplattform vorgesehen. Sämtliche Inhalte des Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes und des Niedersächsischen Ministerialblattes werden seit dem 1. Januar 2024 auf dieser elektronischen Verkündungsplattform des Landes Niedersachsen im Internet als amtliche Fassung verkündet bzw. veröffentlicht.

Zu 538 74

Mehrbedarf (+6.000 EUR) aufgrund gestiegener Kosten für die Pflege der Verkündungsplattform beim IT.N.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 80		Standortkampagne Niedersachsen <i>Übertragbar.</i> <i>*** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO dürfen Einnahmen von den Ausgaben abgesetzt werden. Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(5.000)	(—)	(+5.000)	(—)
511 80-0	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
526 80-8	011	Ausgaben für Sachverständige	—	—	—	—	—
531 80-1	011	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	—
541 80-7	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	—	—	—	—
547 80-5	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5.000	—	+5.000	—
TGr. 98/99		Informations- und Kommunikationstechnik <i>Übertragbar.</i>	(—)	(916)	(512)	(+404)	(307)
511 98-3	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände (IT.N)	—	2	2	—	—
511 99-1	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	99	87	+12	44
514 99-0	011	Verbrauchsmittel	—	20	20	—	15
518 98-8	011	Mieten und Pachten für Hard- und Software an IT.N	—	10	—	+10	—
518 99-6	011	Anmietung von Hard- und Software von Anderen	—	70	50	+20	34
525 98-4	011	Aus- und Fortbildung der Bediensteten durch IT.N	—	—	—	—	—
525 99-2	011	Aus- und Fortbildung durch andere Dienstleister	—	16	13	+3	3
538 98-9	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an IT.N)	—	435	264	+171	159
538 99-7	011	Ausgaben für Datenverarbeitung (Aufträge an Dritte)	—	264	76	+188	52
812 98-3	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen durch IT.N	—	—	—	—	—
812 99-1	011	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 80

Neben dem Claim „Niedersachsen.Klar“ existiert derzeit keine ganzheitliche Kampagne, die den Standort Niedersachsen in den Blick nimmt. Zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung, zur Fachkräftegewinnung und zur positiven Wahrnehmung des Landes plant die Landesregierung daher eine umfassende Standortmarketingkampagne. Dafür sind jeweils 5 Mio. Euro in den Jahren 2026 und 2027 vorgesehen. Ziel ist es, die besonderen Standortvorteile Niedersachsens – etwa in den Bereichen Energieverfügbarkeit, Fachkräfteverfügbarkeit, Verkehrs- und genauso Netzinfrastruktur Digitalisierung, gesellschaftlicher Vielfalt, Mobilität und Lebensqualität – bundesweit und international sichtbarer zu machen.

Die Mittel dienen

- der Entwicklung einer landesweiten Kommunikationsstrategie auf Basis einer umfassenden Marktforschung durch eine zu beauftragende, professionelle Agentur
- der Definition und – während der Umsetzung der Kampagne – der stetigen Überprüfung vorher definierter Ziele der Kampagne durch die zu beauftragende Agentur sowie
- der Umsetzung der Kampagne mit den verschiedenen, durch die zu beauftragende Agentur zu identifizierenden Maßnahmen, wie beispielsweise Messeauftritten, Produktion und Vertrieb von Marketingmaterialien, der Durchführung gezielter Veranstaltungen und Formate im In- und Ausland, die Investitionen in eine zeitgemäße Online-Präsenz, die begleitende Öffentlichkeitsarbeit und das Marketing.

Die Kampagne wird in Abstimmung mit den Ressorts und regionalen Stakeholdern umgesetzt. Sie versteht sich als strategisches Instrument, um Niedersachsen selbstbewusst als attraktiven Arbeits-, Lebens- und Wirtschaftsstandort zu positionieren. Ziel ist ein Kampagnenstart Anfang 2026.

Zu Titelgruppe 98/99

Ansaterhöhung aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Veranschlagt sind die Ausgaben für den IT-Betrieb der Staatskanzlei in Hannover einschließlich der Landesvertretungen in Berlin und Brüssel sowie die Ausgaben für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen.

Zu 511 98

Verlagerung von 1601-511 98 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 525 98

Verlagerung von 1601-525 98 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0201 Nds. Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0201					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen		404	357	+47	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüs- sen mit Ausnahme für Investitionen		1.120	—	+1.120	
		Summe der Einnahmen		1.524	357	+1.167	
		4 Personalausgaben	—	30.394	16.571	+13.823	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militäri- sche Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst	—	14.216	5.926	+8.290	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	76	1	+75	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	25	15	+10	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	971	543	+428	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	45.682	23.056	+22.626	
		Zuschuss		44.158	22.699	+21.459	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 01-7	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		10	10	—	-4
119 30-0	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr		—	—	—	—
119 41-6	011	Rückzahlung überzahlter Beträge		20	15	+5	80
119 82-3	187	Rückzahlung überzahlter Beträge <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 82.</i>		—	—	—	—
282 84-8	011	Einnahmen aus Sponsoring (Integrationspreis) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 84.</i>		—	—	—	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 70		Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) und Unterstützung der europäischen Integration		(38)	(38)	(—)	(76)
119 70-0	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 70.</i> <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		—	—	—	38
272 70-2	011	Zuschüsse der EU-Kommission zum Europäischen Informations-Zentrum (EIZ)		38	38	—	38
A U S G A B E N							
546 30-6	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
683 11-7	187	Finanzhilfe an die nordmedia Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH <i>*** Ausgaben dürfen in Höhe des gesetzlichen Anteils an der Glücksspielabgabe geleistet werden.</i> <i>Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	—	1.781	1.781	—	2.549
711 01-3	811	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	800 400	800	—	+800	—
Titelgruppe(n)							
TGr. 70		Europäisches Informations-Zentrum (EIZ) und Unterstützung der europäischen Integration <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 119 70.</i>	(—)	(219)	(169)	(+50)	(426)
531 70-8	011	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	31	31	—	38
541 70-3	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	152	102	+50	358
547 70-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	19	19	—	13
684 70-9	011	Zuschüsse an Verbände und Organisationen	—	17	17	—	17

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0202

Im Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen – sind folgende Aufgabenbereiche hinsichtlich der Nachhaltigkeit im Sinne der UN-Agenda 2030 (Sustainable Development Goals - SDGs) aufzuführen:

- Internationale Beziehungen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit (TGr. 74, SDGs 3-5, 8 und 15-17)
- Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (TGr. 78, SDGs 1-8, 10, 13 und 15-17)

Zu 119 82

Rückzahlungen aus der Film- und Medienförderung des Landes (auch aus Vorjahren).

Zu Titelgruppe 70

Verlagerung von Kapitel 1601 Titelgruppe 63 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Zu 272 70

Veranschlagt ist der Zuschuss der EU-Kommission für das EIZ.

Zu 683 11

Die nordmedia Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH (nordmedia) erhält gem. § 14 NGLüSpG vom 17.12.2007 (Nds. GVBl. S. 756), in der zz. geltenden Fassung, aus den Glücksspielabgaben eine Finanzhilfe in Höhe von mind. 1.781.000 EUR zur zweckgebundenen Verwendung nach Maßgabe des § 17 NGLüSpG.

Soweit Fördermittel enthalten sind:

Bezeichnung des Förderprogramms:

Finanzhilfe an die nordmedia gem. § 14 NGLüSpG aus Glücksspielabgaben

Rechtliche Grundlage:

§ 14 NGLüSpG

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	2.392	2.305	2.481	2.549	1.781	1.781	1.781	1.781	1.781
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					1.781	1.781	1.781	1.781	1.781

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2001

Befristung:

Nein Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Ziel ist die nachhaltige Stärkung und Weiterentwicklung der audiovisuell geprägten Kulturwirtschaft in Niedersachsen. Die Förderung zielt auf die Erhöhung und Weiterentwicklung der Qualität, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von audiovisuellen Projekten, insbesondere Film- und Fernsehproduktionen aller Genres und Formate, deren Verbreitung über den deutschsprachigen Raum hinaus, auch im Hinblick auf die Konvergenz der Medien, digitale Vertriebswege und Wertschöpfungsketten sowie die Qualifizierung und Beschäftigung der vornehmlich im Fördergebiet ansässigen Akteure der Film- und Medienwirtschaft.

Zielgruppe:

nordmedia

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 683 11

Durchschnittliche Förderhöhe: 1.781.000 EUR

Die nordmedia ist die zentrale Institution für die kulturwirtschaftliche Film- und Medienförderung der Länder Niedersachsen und Bremen. Sofern eine Förderung durch die nordmedia nicht in Betracht kommt, weil die Gesellschaft selbst als Projektträger auftritt, kann auf Mittel bei Kapitel 0202 TGr. 82 (Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen) zurückgegriffen werden.

Zu 711 01

Die Veranschlagung von Haushaltsmitteln für KNUE-Baumaßnahmen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 2026 in den Ressorthaushalten.

Ansatzserhöhung (100.000 EUR) aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Mehrbedarf (300.000 EUR) für diverse Maßnahmen (Brandschutz, Ertüchtigung Fenster, barrierefreier Zugang etc.) in der StK und im NLA (u.a. -Abtlg. Wolfenbüttel sowie Abtlg. Osnabrück mit Sanierung Altbau-Magazin).

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	—	500	—	500
2027	—	—	800	800
2028	—	—	—	—
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	—	500	800	1.300

Zu Titelgruppe 70

Verlagerung von Kapitel 1601 Titelgruppe 63 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Die Mittel sind vorgesehen für Sachausgaben der Informations- und Aufklärungsarbeit der Landesregierung und des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) Niedersachsen in Hannover zu europäischen Fragen sowie für projektorientierte Zuschüsse an Organisationen und Verbände, die der Förderung der europäischen Integration dienen.

Zu 547 70

Die Mittel sind u.a. bestimmt für den Sonderpreis Europa des jährlichen Schülerzeitungswettbewerbs „Unzensiert“, einen landesweiten Wettbewerb für On- und Offline-Schülerzeitungen in Niedersachsen. Mit diesem Wettbewerb soll das freiwillige, zumeist außerschulische journalistische Engagement junger Medienmacher zum Themenfeld Europa gewürdigt und zur demokratischen Diskussionskultur und Meinungsbildung junger Menschen gefördert werden. Der Sonderpreis „Europa“ beinhaltet eine 3-tägige Brüsselreise. Mit diesen Mitteln werden die Reisekosten für den jährlichen Sonderpreisträger und seine Begleitung finanziert (d. h. die Hotelunterkunft in Brüssel, Fahrtkosten und ein Taschengeld, insgesamt bis zu 1.300 Euro).

ERLÄUTERUNGEN

Zu 684 70

Bezeichnung des Förderprogramms:
Unterstützung der europäischen Integration

Rechtliche Grundlage:
§ 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
Ist / Ansatz	(Ist)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)							
Ist / Ansatz	15	26	42	5	9	8	20	17	17	17	17	17	17
Korrespondierende Einnahmen aus EU									-	-	-	-	-
Bund									-	-	-	-	-
Sonstige									-	-	-	-	-
Zuschuss									17	17	17	17	17

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1979

Befristung:

Nein Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Ziel der Förderung ist es, die Bevölkerung Niedersachsens mit den europäischen Institutionen und ihren Aufgaben bekannt zu machen. Dabei geht es darum, in Form geeigneter Veranstaltungen und Kampagnen die Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung Europas zu interessieren und auf ihre Fragen dazu sachkundige Antworten zu geben. Besonders die Art und Weise, in der Niedersachsen und alle Bundesländer vom europäischen Integrationsprozess beeinflusst werden und wo daraus Chancen für Niedersachsen erwachsen, wird mittels dieser Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung ressortübergreifend dargestellt. Mit europapolitisch aktiven Gruppen aus der Zivilgesellschaft, die dabei als Multiplikatoren wirken, arbeitet die Landesregierung zusammen.

Zielgruppe:

Bürgerinnen und Bürger (Öffentlichkeit) in Niedersachsen

Durchschnittliche Förderhöhe: 6.500 EUR

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 74		Internationale Beziehungen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 74 und Ausgabeteilgruppe 78.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(881)	(901)	(-20)	(573)
547 74-4	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	26	46	-20	52
684 74-1	011	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	—	140	140	—	8
686 74-4	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	150	150	—	257
687 74-0	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	565	565	—	255
893 74-0	011	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 78		Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 74.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(50) (50)	(723)	(735)	(-12)	(767)
547 78-7	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	56	68	-12	32
686 78-7	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	50 50	150	150	—	217
687 78-3	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	517	517	—	518
893 78-2	011	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland	—	—	—	—	—
TGr. 82		Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Medienstandortes Niedersachsen <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 119 82.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(4.168)	(4.215)	(-47)	(4.315)
526 82-8	187	Sachverständige, Mitglieder von Fachbeiräten u. ähnliche Ausschüsse	—	—	—	—	—
547 82-5	187	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	24	35	-11	0
682 82-0	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen	—	4	40	-36	—
683 82-6	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	4.040	4.040	—	4.115

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 74

Die Mittel sind vorgesehen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Niederlanden, der internationalen Zusammenarbeit – im Rahmen bestehender Partnerschaften des Landes – mit Großpolen und Niederschlesien in Polen, Tokushima in Japan, Anhui in der VR China, der Normandie in Frankreich, der Valencianischen Gemeinschaft (Region Valencia) in Spanien und der Oblast Mykolajiw in der Ukraine, mit dem Bundesstaat São Paulo (Föderative Republik Brasilien), der Provinz Sata Fe (Argentinische Republik) sowie weiterer internationaler Kontakte beispielsweise mit Shandong in der VR China.

Das Land Niedersachsen verurteilt den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste. Vor diesem Hintergrund ruhen derzeit bis auf Weiteres die langjährigen Partnerschaften mit den Regionen Perm und Tjumen in der Russische Föderation.

Soweit Fördermittel enthalten sind:

Bezeichnung des Förderprogramms:

Internationale Beziehungen und Zusammenarbeit mit den Niederlanden

Rechtliche Grundlage:

§ 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	253	392	259	520	855	855	855	855	855
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					855	855	855	855	855

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: vor 2001

Befristung:

Nein Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Ziel der Zuwendungen im Förderbereich ist die Unterstützung von Aktivitäten, die dazu dienen

- die Außenwirtschaft des Landes zu unterstützen, um den globalen Anforderungen (Klimaschutz, Menschenrechte) gerecht zu werden und Chancen auf Wachstumsmärkten zu erschließen bzw. Absatzmöglichkeiten zu eröffnen,
- den kulturellen, gesellschaftlichen Dialog und den Austausch im Bereich der Aus- und Fortbildung zu stärken,
- den Jugend-, Kultur- und Freizeitaustausch zu fördern,
- die Kooperation und den Austausch im wissenschaftlichen Bereich zu fördern,
- die Verbreitung der deutschen Sprache im Ausland zu fördern,
- Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken,
- den Aufbau einer effizienten und rechtsstaatlichen Verwaltung zu unterstützen,

Das erhebliche Landesinteresse liegt vor allem in der Internationalisierung des Landes Niedersachsen.

Zielgruppe:

Zielgruppen sind diverse Einrichtungen und Organisationen, die unterschiedlichste Projekte zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit realisieren und Einrichtungen, die an der Entwicklung im deutsch-niederländischen Grenzraum mitwirken, wie EUREGIO und EDR.

Durchschnittliche Förderhöhe: ca. 7.500 EUR

ERLÄUTERUNGEN

Zu 687 74

Zur Unterstützung beim Wiederaufbau im Rahmen einer Solidaritätspartnerschaft des Landes Niedersachsen mit der ukrainischen Oblast Mykolajiw sind 500.000 EUR vorgesehen. Ergänzend sind im Epl. 03 (Kap. 0302 Titel 812 01) zur Beschaffung von Hilfsgütern 1,5 Mio. EUR veranschlagt.

Zu Titelgruppe 78

Die Mittel sind vorgesehen für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sowie für die Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Initiativen und Nicht-Regierungsorganisationen in Niedersachsen.

Soweit Fördermittel enthalten sind:

Bezeichnung des Förderprogramms:

Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Rechtliche Grundlage:

§ 44 LHO

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	778	754	691	735	667	667	667	667	667
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund									
Sonstige									
Zuschuss					667	667	667	667	667

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2001

Befristung:

Nein Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Ziel der Zuwendung im Förderbereich der Entwicklungszusammenarbeit ist die Unterstützung von Aktivitäten, welche die Entwicklungspolitischen Leitlinien umsetzen und einer nachhaltigen Entwicklung in ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Dimension im Sinne der UN-Agenda 2030 (Sustainable Development Goals - SDGs) dienen.

Die Entwicklungspolitik gewinnt zur Bekämpfung struktureller Fluchtursachen immer mehr an Bedeutung. Die Landesregierung beabsichtigt, mehrphasig angelegte entwicklungspolitische Projektförderung im Eastern Cape und in Tansania vorzunehmen. Sie will außerdem humanitäre Hilfe leisten und die Lebensbedingungen vor Ort in den von Fluchtbewegungen betroffenen Herkunfts-, Aufnahme- und Transitländern ökonomisch und ökologisch verbessern. Dadurch kann einer möglichen Flucht nach Europa vorgebeugt werden.

Zielgruppe:

Bevölkerung, insbesondere in der Partnerprovinz Eastern Cape, in der Republik Tansania, aus Herkunfts-, Aufnahme- und Transitländern von Flüchtlingen sowie Anbieter von entwicklungspolitischer Bildung in Niedersachsen oder mit Sitz in der Bundesrepublik.

Durchschnittliche Förderhöhe: 9.000 EUR

ERLÄUTERUNGEN

Zu 686 78

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	—	50	—	50
2027	—	—	50	50
2028	—	—	—	—
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	—	50	50	100

Zu 686 78 und 687 78

Die veranschlagten Haushaltsmittel sollen für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit eingesetzt werden. Der Schwerpunkt in der Entwicklungszusammenarbeit liegt auf der Projektförderung im Eastern Cape und in Tansania. Darüber hinaus können Projekte in den von den Fluchtbewegungen betroffenen Herkunfts- und Transitländern sowie anderen Aufnahmeländern von Geflüchteten durchgeführt werden. Wichtigster hiesiger Träger der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit ist der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) als Dachverband der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungs-Organisationen. Die bei Titel 686 78 ausgebrachte VE ist für Projekte des VEN vorgesehen.

Gefördert werden sollen auch über den lokalen Rahmen hinausgehende Projekte der Bildungsarbeit zur Struktur des Nord-Süd-Verhältnisses und zu dessen zukunftsfähiger Gestaltung im Rahmen der globalen Interdependenzen.

Von den entwicklungspolitischen und humanitären Maßnahmen in der Provinz Eastern Cape, Südafrika, in Tansania und in Herkunfts-, Transit- und anderen Aufnahmeländern sollen die dortigen hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen und Geflüchteten profitieren. Bei allen entwicklungspolitischen Aktivitäten ist die Geschlechterperspektive einzubeziehen. Frauenspezifische Projekte bzw. Projekte, die der Gleichstellung von Frauen und Männern und zur Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit dienen, werden vorzugsweise gefördert.

Zu Titelgruppe 82

Mit den Mitteln sollen Maßnahmen gefördert werden, die von besonderer Bedeutung für den Medienstandort Niedersachsen sind. Hierzu zählen insbesondere Gamesförderung und computeranimierte Filmproduktionen, aber auch Festivals, Investitionen in Kinos und Medienkompetenzprojekte, einschließlich der Veranstaltung des Tages der Medienkompetenz. Vgl. auch den letzten Absatz der Erläuterungen zu Titel 683 11.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
685 82-9	187	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	100	100	—	100
686 82-5	187	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	—	—	—	100
TGr. 84		Migration und Teilhabe <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 282 84.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: Ausgabeteilgruppe 84 und Ausgabeteilgruppe 85.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(53)	(61)	(-8)	(42)
531 84-8	011	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	9	17	-8	0
541 84-3	011	Repräsentationsausgaben	—	—	—	—	—
547 84-1	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	44	44	—	42
TGr. 85		Verbindungsbüro des Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 84.</i> <i>*** Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben der Titelgruppe im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.</i>	(—)	(107)	(122)	(-15)	(84)
511 85-5	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	0
527 85-9	011	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	—	2	2	—	1
531 85-6	011	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	—	—	—	9
541 85-1	011	Repräsentationsausgaben	—	10	10	—	63
547 85-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	95	110	-15	11

ERLÄUTERUNGEN

Zu 685 82

Förderung des Qualitätsjournalismus gemäß § 34 Nr.11 NMedienG über die Niedersächsische Landesmedienanstalt.

Zu Titelgruppe 85

Die Zuständigkeit für Anliegen der Heimatvertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler wurde mit Kabinettsbeschluss vom 08.11.2022 dem Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe in der Niedersächsischen Staatskanzlei zugeordnet. Veranschlagt sind sächliche Ausgaben für die Arbeit des Verbindungsbüros des Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe sowie Ausgaben für Projektförderungen.

Zu 547 85

Aus dem Ansatz des Titels dürfen zur Würdigung von herausragenden beruflichen, künstlerischen, sportlichen oder ehrenamtlichen Tätigkeiten im Bereich der Heimatvertriebenen, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern durch den Landesbeauftragten jährlich Geld- bzw. Sachpreise an Einzelpersonen, Vereine oder Verbände bis zur Höhe von insgesamt 12.000 EUR vergeben werden.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0202 Allgemeine Bewilligungen

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025 1000 EUR	Ansatz 2026 1000 EUR	Ansatz 2025 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2024 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0202					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen		30	25	+5	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		38	—	+38	
		Summe der Einnahmen		68	25	+43	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst	—	468	332	+136	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	50	7.464	7.483	-19	
		7 Baumaßnahmen	50 800 400	800	—	+800	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	—	—	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	850 450	8.732	7.815	+917	
		Zuschuss		8.664	7.790	+874	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0203 Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
119 17-7	422	Verwaltungseinnahmen Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 67.</i>		—	—	—	—
119 18-5	011	Rückzahlungen im Rahmen der Regionalentwicklung *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		300	—	+300	259
119 19-3	692	Rückzahlung überzahlter Beträge Zukunfts-räume Niedersachsen und soziale Daseins-vorsorge		50	—	+50	67
119 41-0	011	Rückzahlung überzahlter Beträge		1	1	—	0
Titelgruppe(n)							
TGr. 64		Beteiligung an Interreg B - Programmen 2021-2027 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 64.</i>		(—)	(—)	(—)	(—)
119 64-9	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen *** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.		—	—	—	—
281 64-0	422	Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch Dritte		—	—	—	—
TGr. 66		Metropolregion Hamburg <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 66.</i>		(600)	(600)	(—)	(195)
119 66-5	422	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
332 66-0	422	Zuweisung der Freien und Hansestadt Hamburg, des Landes Schleswig-Holstein und des Landes Mecklenburg-Vorpommern		600	600	—	195
TGr. 69		Metropolregion Bremen-Oldenburg <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 69.</i>		(260)	(260)	(—)	(325)
119 69-0	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	65
232 69-0	422	Zuweisungen des Landes Bremen		260	260	—	260
TGr. 74		Brexit Adjustment Reserve (BAR) <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 74.</i>		(—)	(—)	(—)	(1.016)
119 74-6	011	Sonstige Verwaltungseinnahmen		—	—	—	—
272 74-9	011	Einnahmen aus der Brexit Adjustment Reserve (BAR)		—	—	—	1.016
TGr. 86		Projektbeteiligungen im Rahmen der Interreg-Förderprogramme <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe 86.</i>		(—)	(—)	(—)	(73)
271 86-6	011	Erstattungen von der EU		—	—	—	56
272 86-2	011	Sonstige Zuschüsse von der EU		—	—	—	17

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0203

Verlagerung von Kapitel 1603 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Im Kapitel 0203 – Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung - sind folgende Aufgabenbereiche hinsichtlich der Nachhaltigkeit im Sinne der UN-Agenda 2030 (Sustainable Development Goals - SDGs) aufzuführen:

- strategische Ausrichtung und Begleitung der EU-Förderinstrumente sowie regionale Innovations- und Transformationsthemen (Titel 537 11 und 547 12, SDGs 7, 9 und 12)
- Beiträge zu internationalen Zusammenschlüssen und Initiativen (687 11, SDGs 7 und 9)
- Mitgliedschaft in der Nordseekommission und der Konferenz peripherer Küstenregionen (TGr. 61, SDGs 3-17)
- Beteiligung an Interreg B-Programmen 2021-2027 (TGr. 64, SDGs 3-17)
- Metropolregion Hamburg (TGr. 66, SDGs 7, 9, 11-13 und 15)
- Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg (TGr. 67, SDGs 7, 9, 11-13 und 15)
- Metropolregion Metropolregion Bremen-Oldenburg (TGr. 69/71, SDGs 7, 9, 11-15)
- Regionalentwicklung (TGr. 68/73, SDG 11)
- Zukunftsräume Niedersachsen (TGr. 72, SDG 11)
- Projektbeteiligung im Rahmen der Interreg Förderprogramme (TGr. 86, SDGs 3-17)
- Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit - Programm 2021-2027 (TGr. 87, SDGs 3-17)
- Interreg VI A-Programme Deutschland-Niederland 2021-2027 (TGr. 90, SDGs 3-17)

Zu 119 18

Anpassung an voraussichtliches IST 2026.

Zu 119 19

Anpassung an voraussichtliches IST 2026.

Zu Titelgruppe 64

Einnahmen aus Erstattungen und Beteiligungen bei transnationalen Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (Interreg B-Programme 2021-2027).

Zu 332 66

Anteil Hamburgs am Förderfonds sowie Zuweisungen der Freien und Hansestadt Hamburg, des Landes Schleswig-Holstein oder des Landes Mecklenburg-Vorpommern für gemeinsame (Zukunftsagenda-)Projekte unter Federführung des ArL Lüneburg.

Zu 232 69

Anteil Bremens am Förderfonds.

Zu Titelgruppe 86

Erstattungen der EU für Projekte im Rahmen der Interreg-Förderprogramme.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0203 Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
TGr. 87		Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit - Programm 2021-2027 <i>Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe 87.</i>		(—)	(—)	(—)	(—)
271 87-4	011	Erstattungen von der EU		—	—	—	—
281 87-0	011	Sonstige Erstattungen aus dem Inland		—	—	—	—
286 87-1	011	Sonstige Erstattungen aus dem Ausland (soweit nicht von der EU)		—	—	—	—
A U S G A B E N							
537 11-4	692	Gutachten und Planung f. strategische Ausrichtung u. Begleitung der EU-Förderinstrumente sowie regionale Innovations- u. Transformationsthemen <i>Übertragbar.</i> <i>Folgende Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig: 537 11, 547 11 und 547 12.</i>	—	40	40	—	102
547 11-0	692	Landesmittel zur Kofinanzierung der Technischen Hilfe aus dem Multifondsprogramm EFRE/ESF <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 537 11.</i>	—	350	400	-50	525
547 12-8	692	Sächliche Verwaltungsausgaben f. strategische Ausrichtung u. Begleitung der EU-Förderinstrumente sowie regionale Innovations- u. Transformationsthemen <i>Übertragbar.</i> <i>Vgl. D-Vermerk zu 537 11.</i>	—	30	30	—	5
671 01-5	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank)	—	6.268	6.562	-294	4.610
686 11-0	422	Beiträge zu Wachstumsregion Ems-Achse e. V.	—	—	—	—	—
687 11-6	011	Beiträge zu internationalen Zusammenschlüssen und Initiativen	—	15	15	—	15
Titelgruppe(n)							
TGr. 61		Mitgliedschaft in der Nordseekommission und der Konferenz peripherer Küstenregionen	(—)	(48)	(88)	(-40)	(43)
541 61-8	011	Ausgaben für Veranstaltungen und dergleichen	—	—	40	-40	—
547 61-6	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	5	5	—	2
671 61-9	011	Erstattungen an das Inland	—	—	—	—	—
687 61-2	011	Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland	—	43	43	—	41
TGr. 64		Beteiligung an Interreg B - Programmen 2021-2027 <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 64.</i>	(180) (—)	(154)	(154)	(—)	(91)
537 64-5	422	Planungen und Gutachten für das Programm	—	20	20	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu Titelgruppe 87

Einnahmen aus Erstattungen und Beteiligungen bei interregionalen Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (Interreg Europe, Interact IV).

Zu 537 11 und 547 12

Für die EU-Förderperiode 2021-2027 hat MB in Zusammenarbeit mit allen Ressorts und unter Beteiligung niedersächsischer Interessengruppen eine umfassende Förderstrategie sowie die Regionale Innovationsstrategie für Intelligente Spezialisierung (RIS3) erarbeitet. Veranschlagt werden Ausgaben für Beteiligungsprozesse im Rahmen der fortlaufenden Aktualisierung, die nicht aus 547 11 finanziert werden können. Ausgaben können auch geleistet werden zur Unterstützung von regionalen Innovations- und Transformationsthemen auf Grundlage der RIS3.

Zu 547 11

Veranschlagt sind Mittel für die Begleitung und Bewertung von EU-Programmen im EFRE und ESF (insbesondere Programmbegleitung, Berichterstattung, Evaluierung einschließlich technischer Ausstattung, Finanzkontrolle, Öffentlichkeitsarbeit, Sitzungen der Begleitausschüsse). Diese Maßnahmen sind durch Vorschriften der EU verbindlich vorgeschrieben und Voraussetzung für die Programmdurchführungen und Gewährung der EU-Mittel.

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	350	—	—	350
2027	200	—	—	200
2028	350	—	—	350
2029	350	—	—	350
2030 ff.	300	—	—	300
Summe	1.550	—	—	1.550

Zu 671 01

Anpassung an die letzte Trägerleistungsrechnung der NBank vom 12.02.2025.

Zu 686 11

Veranschlagt sind Mittel zur Finanzierung der Mitgliedschaft im Wachstumsregion Ems-Achse e. V.

Die 2006 gegründete Wachstumsregion Ems-Achse ist ein Bündnis von rund 850 Unternehmen, Kommunen, Bildungseinrichtungen, Kammern und Verbänden in ganz Ostfriesland (Landkreise Wittmund, Aurich, Leer und kreisfreie Stadt Emden), im Emsland und in der Grafschaft Bentheim.

Das Ziel ist die Profilierung einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Ems-Achse bei gleichzeitiger Stärkung des Wirtschaftswachstums, die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen und die Förderung der regionalen Entwicklung. Dies geschieht über die Entwicklung von Projekten und die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Unternehmen mit dem Ziel, das vorhandene Wissen zu bündeln und alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten zu vernetzen.

Zu Titelgruppe 61

Niedersachsen ist mit der NUTS 2-Region Weser-Ems Mitglied der Konferenz peripherer Küstenregionen (CPMR) und der Nordseekommission (NSK). Die Mittel werden für die anfallenden Mitgliedsbeiträge und Aktivitäten des Landes im Rahmen der Mitgliedschaft verwendet. Die CPMR vertritt 160 Mitgliedsregionen aus 25 Staaten, aus Europa und darüber hinaus. Sie unterteilt sich in sechs geografische Kommissionen: Ostsee, Nordsee, Atlantik, Mittelmeer, Inseln (Mitglieder sind zahlreiche Inseln aus verschiedenen Meeren, z. B. Korsika und Shetland) sowie Balkan/Schwarzes Meer. Sie ist zugleich Think tank und Lobbyorganisation für ihre Mitgliedsregionen. Ihr Fokus ist auf die soziale, ökonomische und territoriale Kohäsion, eine integrierte maritime Politik und die Verbesserung des Transportwesens ausgerichtet. Zugleich bietet sie eine Kooperationsplattform zur Entwicklung und Förderung von Projekten. Der Schwerpunkt liegt auf der Akkumulierung politischer Interessen und deren Durchsetzung auf EU-Ebene. Für Niedersachsen ist die Zusammenarbeit mit anderen Küsten- und Meeresregionen, insbesondere mit den europäischen Nachbarn sowie den deutschen Ländern, von großer Bedeutung. Im Zusammenhang mit blauem und grünem Wachstum und der NSK eigenen Strategie 2030 gewinnen in den Küstenregionen des Landes die Arbeitsbereiche, in denen die NSK aktiv ist (Meerespolitik, transnationale Zusammenarbeit in Bezug auf Energie, erneuerbare Energien, Küstentourismus, Schifffahrt und Häfen) an Relevanz für die Regionen.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0203 Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung 2026 2025	2026	2025	- = weniger	2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
547 64-0	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	7
671 64-3	422	Erstattungen an das Inland	—	—	—	—	9
676 64-5	422	Erstattungen an das Ausland	—	105	105	—	74
686 64-0	422	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	180 —	29	29	—	—
TGr. 66		Metropolregion Hamburg <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Minder-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 66.</i>	(—)	(1.251)	(1.251)	(—)	(1.275)
633 66-0	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	600	600	—	1.127
671 66-0	422	Geschäftsstelle der Metropolregion	—	51	51	—	51
883 66-7	422	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	600	600	—	98
TGr. 67		Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei 119 17.</i>	(—)	(311)	(311)	(—)	(233)
633 67-9	422	Zuweisungen an die Metropolregion als Gesellschafterbeitrag	—	101	101	—	101
685 67-9	422	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	210	210	—	132
686 67-5	422	Sonstige Zuschüsse zu Demografieprojekten	—	—	—	—	—
894 67-7	422	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
TGr. 68/73		Regionalentwicklung	(350) (6.450)	(7.781)	(8.281)	(-500)	(6.017)
531 68-0	422	Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit	—	30	30	—	30
537 68-8	422	Planungen und Gutachten für Programme	—	175	175	—	87
547 68-3	422	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	125	125	—	53
633 68-7	692	Gewährung von EU-Kofinanzierungshilfen	— 6.000	6.000	6.500	-500	4.602
633 73-3	692	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für das Regionalmanagement	—	1.201	1.201	—	1.044
686 68-3	422	Förderung von Modellvorhaben	350 450	250	250	—	200
TGr. 69		Metropolregion Bremen-Oldenburg <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe erhöhen oder vermindern sich um die Mehr- oder Minder-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 69.</i>	(—)	(576)	(575)	(+1)	(622)
633 69-5	422	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	520	520	—	206

ERLÄUTERUNGEN

Zu 671 64

Vgl. Titel 676 64

Zu 676 64

Bezeichnung des Förderprogramms:

Mittel zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an der Technischen Hilfe sowie den Finanzkontrollkosten für die Beteiligungen an den Interreg B-Programmen (Nordsee, Ostsee, Nordwesteuropa und Mitteleuropa) für den Zeitraum 2021-2029. Ausgaben für Prüfkosten werden im Zusammenhang mit den Interreg B-Programmen voraussichtlich bis 2030 anfallen.

Rechtliche Grundlage:

Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 (Allg. VO), Verordnung (EU) Nr. 2021/1058 (EFRE-VO) und Verordnung (EU) Nr. 2021/1059 (Interreg-VO) jeweils vom 24. Juni 2021.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	67	37	50	74	105	105	154	154	154
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					105	105	154	154	154

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2021

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2029

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Für die Kooperationsräume Nordsee, Ostsee, Nordwesteuropa und Mitteleuropa stehen bis 2029 EU-Fördermittel von insgesamt rd. 957,2 Mio. EUR zur Verfügung, die mit 40 % (Nordsee, Nordwesteuropa) bzw. 20 % (Ostsee, Mitteleuropa) Eigenmitteln gegenfinanziert werden müssen. Vorrangig sollen für die Kofinanzierung von Projekten kommunale, öffentliche und private Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Es ist Ziel der Landesregierung, einen möglichst hohen Rückfluss von EFRE-Mitteln nach Niedersachsen zu realisieren. Die Fördermittel sind zur Unterstützung von Projekten veranschlagt, die im besonderen Landesinteresse stehen und nicht realisiert werden könnten, weil keine anderen Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung stehen.

Zielgruppe:

Potentielle niedersächsische Projektpartner in den Interreg B Programmen 2021-2029

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 5.000 Euro und 20.000 Euro.

Zu 686 64

Bezeichnung des Förderprogramms:

Unterstützung niedersächsischer Projekte in den Interreg B-Programmen für den Zeitraum 2021-2029.

Für die transnationale Zusammenarbeit (Interreg B) müssen die Projekte die EU-Mittel mit Eigenmitteln kofinanzieren. Vorrangig werden hierfür kommunale, private und sonstige öffentliche Möglichkeiten ausgeschöpft. Es ist Ziel der Landesregierung, aus den EU-Programmen einen möglichst hohen Anteil an EFRE-Mitteln für niedersächsische Projektpartner zu generieren. Die eingeplanten Mittel dienen der Unterstützung der Projekte, die im besonderen Landesinteresse stehen und nur deshalb nicht realisiert werden könnten, weil Eigenmittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Dies betrifft insbesondere Landesinstitutionen wie z.B. die Ämter für regionale Landesentwicklung.

Rechtliche Grundlage:

Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates (allg. VO), Verordnung (EU) Nr. 2021/1058 (EFRE-VO) und Verordnung (EU) Nr. 2021/1059 (Interreg-VO) jeweils vom 24. Juni 2021.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 686 64

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	29	29	60	60	60
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					29	29	60	60	60

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2021

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2029

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Für die Kooperationsräume Nordsee, Ostsee, Nordwesteuropa und Mitteleuropa stehen bis 2029 EU-Fördermittel von insgesamt rd. 957,2 Mio. EUR zur Verfügung, die mit 40 % (Nordsee, Nordwesteuropa) bzw. 20 % (Ostsee, Mitteleuropa) Eigenmitteln gegenfinanziert werden müssen. Vorrangig sollen für die Kofinanzierung von Projekten kommunale, öffentliche und private Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Es ist Ziel der Landesregierung, einen möglichst hohen Rückfluss von EFRE-Mitteln nach Niedersachsen zu realisieren. Die Fördermittel sind zur Unterstützung von Projekten veranschlagt, die im besonderen Landesinteresse stehen und nicht realisiert werden könnten, weil keine anderen Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung stehen.

Zielgruppe:

Potentielle niedersächsische Projektpartner in den Interreg B Programmen 2021-2029

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 5.000 Euro und 20.000 Euro.

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushaltsjahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
2026	—	—	—	—
2027	—	—	60	60
2028	—	—	60	60
2029	—	—	60	60
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	180	180

Zu Titelgruppe 66

Hamburg und Niedersachsen betreiben seit 1957 eine gemeinsame Landesentwicklung, die 1996 in der trilateralen Kooperation der Metropolregion Hamburg (Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen) aufging. Im Jahr 2012 trat Mecklenburg-Vorpommern der Kooperation bei.

Mit Staatsvertrag vom 01.12.2005 in der Fassung vom 19.01.2012 haben die Landesregierungen Hamburg und Niedersachsen vereinbart, jährlich je 600.000 EUR zur Verbesserung der Struktur und zur Entwicklung des gemeinsamen Kooperationsraumes in den Förderfonds und jährlich je 51.000 EUR für die laufenden Kosten der Zusammenarbeit einzubringen.

Bezeichnung des Förderprogramms:

Förderfonds Hamburg/Niedersachsen

Rechtliche Grundlage:

Trilateraler Kabinettsbeschluss Hamburg/Niedersachsen/Schleswig-Holstein am 09.12.1996, Kabinettsbeschluss Hamburg/Niedersachsen am 23.11.2004, Staatsvertrag vom 01.12.2005 in den Fassungen vom 19.01.2012 und 27.07./20.09.2016 sowie Kooperationsvertrag über die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg vom 27.02.2017, §§ 23, 44 LHO.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Titelgruppe 66

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Subventionsrelevant sind nur die Titel 633 66 und 883 66

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	761	785	889	1.059	970	1.420	1.414	1.225	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
Korrespondierende Einnahmen aus EU									-	-	-	-	-
Bund									-	-	-	-	-
Sonstige									600	600	600	600	600
Zuschuss									600	600	600	600	600

Bis 2024 waren ausschließlich niedersächsische Landesmittel veranschlagt. Die Ausgaben wurden in gleicher Höhe mit Mitteln aus dem Landeshaushalt des Landes Hamburg und Schleswig-Holstein kofinanziert. Aus haushaltssystematischen Gründen erfolgt ab 2025 die Veranschlagung der Länderanteile in einer Summe.

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1962

Befristung:

Nein Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

In der bilateralen Kabinettsausschusssitzung Hamburg/Niedersachsen am 23.11.2004 haben die beiden Landesregierungen beschlossen, jährlich je 600.000 EUR in den Förderfonds einzubringen. Dies wurde durch Staatsvertrag vom 01.12.2005 vertraglich fixiert. Vorrangiges Ziel ist es, den metropolitanen Kooperationsprozess der Metropolregion Hamburg zu unterstützen und die Struktur, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu fördern.

Zielgruppe:

Kommunale Gebietskörperschaften sowie Projektbüro Metropolregion Hamburg e.V.

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 6.000 und 400.000 Euro

Zu Titelgruppe 67

Veranschlagt sind Ausgaben zur Stärkung und Entwicklung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg.

Zu 633 67

Die VE wurde 2021 überplanmäßig ausgebracht (671 67).

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushaltsjahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
2026	101	—	—	101
2027	101	—	—	101
2028	—	—	—	—
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	202	—	—	202

Zu 685 67

Bezeichnung des Förderprogramms: Stärkung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO; jährliches Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen sowie Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Stärkung der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg (Richtlinie Metropolregion H BS GÖ WOB)

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 685 67

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	125	233	241	157	170	104	164	132	210	210	210	210	210
Korrespondierende Einnahmen aus EU									-	-	-	-	-
Bund									-	-	-	-	-
Sonstige									-	-	-	-	-
Zuschuss									210	210	210	210	210

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2009

Befristung:

Nein Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Förderung von Projekten, die die Wirtschaftsstruktur, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region voranbringen. Vorrangiges Ziel ist es, den metropolitanen Kooperationsprozess im Hinblick auf die Aktivierung der Stärken sowie die Ausschöpfung der Potenziale der Metropolregion, insbesondere durch die Entwicklung und Umsetzung von innovativen Schlüsselprojekten, zu unterstützen.

Zielgruppe: Die Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH, deren Gesellschafter, die Vereine „Wirtschaft in der Metropolregion e. V.“, „Kommunen in der Metropolregion e. V.“, „Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion e. V.“ und Mitglieder der genannten Gesellschafter (Kommunen und Gebietskörperschaften, Vereine und sonstige juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts).

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 30.000 EUR und 150.000 EUR

Die VE wurde 2021 überplanmäßig ausgebracht.

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushaltsjahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
2026	210	—	—	210
2027	210	—	—	210
2028	—	—	—	—
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	420	—	—	420

Zu 686 67

Bezeichnung des Förderprogramms: Demografie-Projekte in der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO; jährliches Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 686 67

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)
Ist / Ansatz	122	263	161	74	114	132	62
Korrespondierende Einnahmen aus EU							
Bund							
Sonstige							
Zuschuss							

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2016

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2023

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Der demografische Wandel wird zunehmend in den Regionen Deutschlands spürbar. Ein wachsender Bedarf an gegensteuernden Stadt-Land-Kooperationen zur Abstimmung der beiderseitigen Potentiale ist offensichtlich. Metropolregionen als Regional Governance-Modelle folgen dem spezifischen Auftrag, Land-Stadt-Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis zu organisieren und zu befördern. Diese übergreifende Art der Zusammenarbeit bietet die Chance, den demografischen Wandel ganzheitlich zu gestalten und möglichst alle relevanten Themenfelder miteinander verzahnt zu bearbeiten. Die daraus entstehenden Aktivitäten besitzen eine enge Verknüpfung zu den Förderschwerpunkten des Landes und der EU und haben damit eine hohe strukturpolitische Relevanz.

Zielgruppe: Akteure auf dem Gebiet der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg, insbesondere die Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH, deren Gesellschafter: die Vereine „Wirtschaft in der Metropolregion e. V.“, „Kommunen in der Metropolregion e. V.“, „Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen in der Metropolregion e. V.“ und Mitglieder der o. g. Gesellschafter (Kommunen und Gebietskörperschaften, Vereine, juristische Personen des Privatrechts und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts).

Durchschnittliche Förderhöhe: 30.000 EUR

Zu Titelgruppe 68/73

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Aufgabe Regionale Landesentwicklung.

Bei der ergänzenden Kofinanzierung von EU-Förderprojekten können Landesmittel für die Grundförderung an unterschiedlichen Stellen des Landeshaushalts veranschlagt sein, die im Voraus nicht benannt werden können.

Zu 531 68

Kommunikationsmaßnahmen zur Aktivierung der Regionen.

Zu 537 68

Ausgaben für:

- Verträge modellhafte Bund/Länder-Gestaltungsprozesse,
- Inhaltliche Zuarbeiten von Sachverständigen,
- Konzeptionelle und technische Zuarbeiten,
- Datenzulieferung,
- Fachveranstaltungen,
- Veröffentlichungen.

Zu 547 68

Wesentliche Arbeitsfelder der regionalen Landesentwicklung liegen u. a. in der Umsetzung der Regionalen Handlungsstrategien und Förderprogramme sowie des Südniedersachsenprogramms. Dabei bedarf es auch der Unterstützung der Ämter für regionale Landesentwicklung. Veranschlagt sind Ausgaben für:

- Analysen und Auswertungen sozioökonomischer Daten,
- konzeptionelle Zuarbeiten von Sachverständigen,
- wissenschaftliche Evaluationsvorhaben,
- Projektmanagement für die Umsetzung der Regionalen Handlungsstrategien, Förderprogramme und des Südniedersachsenprogramms,

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 547 68

- Entwicklung von Konzepten und deren Umsetzung für die Öffentlichkeitsarbeit,
- Beteiligungsprozesse (internetgestützte Befragungen, Veranstaltungen, Diskussionen, Veröffentlichungen etc.).

Zu 633 68

Kommunen mit weit unterdurchschnittlicher Steuereinnahmekraft, deren Projektanträge auf der Grundlage von abschließend vorgegebenen EU-Förderrichtlinien und den Interreg-Programmen A, B, Europe gefördert werden, können zur teilweisen Deckung der notwendigen Eigenanteile ergänzende Kofinanzierungszuwendungen erhalten. Das gilt auch für Regionalmanagements aus dem niedersächsischen Operationellen Programm.

Die Förderung erfolgt gem. der Kofinanzierungsrichtlinie in der jeweils geltenden Fassung.

Bezeichnung des Förderprogramms:

Gewährung von Zuwendungen zur Förderung finanzschwacher Kommunen bei der Kofinanzierung von EU-Förderprojekten.

Rechtliche Grundlage:

§§ 23, 44 LHO, Richtlinie zur Förderung finanzschwacher Kommunen bei der Kofinanzierung von EU-Förderprojekten in der jeweils geltenden Fassung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	1.453	3.950	3.057	7.021	4.602	6.500	6.000	6.000	6.000	6.000
Korrespondierende Einnahmen aus EU									-	-	-		
Bund									-	-	-		
Sonstige									-	-	-		
Zuschuss									6.500	6.000	6.000	6.000	6.000

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 29.04.2020

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2027

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Zuwendungen für finanzschwache Kommunen zur teilweisen Deckung der notwendigen Eigenanteile für mit EU-Mitteln geförderte Vorhaben.

Zielgruppe:

Kommunen gem § 1 Abs. 1 NKomVG und deren öffentlich-rechtliche Zusammenschlüsse.

Durchschnittliche Förderhöhe: 500.000 EUR

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushaltsjahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
2026	—	2.000	—	2.000
2027	—	2.000	—	2.000
2028	—	2.000	—	2.000
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	—	6.000	—	6.000

ERLÄUTERUNGEN

Zu 633 73

Bezeichnung des Förderprogramms:

Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Regionalmanagements der Zukunftsregionen in Niedersachsen.

Rechtliche Grundlage:

§§ 23, 44 LHO, Fördergrundsätze zur Förderung von Regionalmanagements der Zukunftsregionen in Niedersachsen in der jeweils geltenden Fassung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz		63	1.044	1.201	1.201	1.201	1.201	1.201
Korrespondierende Einnahmen aus EU				-	-	-		
Bund				-	-	-		
Sonstige				-	-	-		
Zuschuss				1.201	1.201	1.201	1.201	1.201

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.07.2022

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2029

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Zweck der Förderung ist eine teilweise Deckung der notwendigen Eigenanteile mit ergänzenden Kofinanzierungsmitteln für die Regionalmanagements der kooperierenden Landkreise/kreisfreien Städte, die als Zukunftsregionen in Niedersachsen anerkannt sind. Der Einsatz der Landesmittel ist Grundlage für die Organisation und Umsetzung der kreisübergreifenden Zusammenarbeit, die explizit im Landesinteresse liegt.

Zielgruppe:

Kommunen gem. § 1 Abs. 1 NKomVG und deren öffentlich-rechtliche Zusammenschlüsse.

Durchschnittliche Förderhöhe: 82.000 EUR

Die VE wurde 2022 überplanmäßig ausgebracht.

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	1.199	—	—	1.199
2027	1.199	—	—	1.199
2028	1.198	—	—	1.198
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	3.596	—	—	3.596

Zu 686 68

Bezeichnung des Förderprogramms: Modellprojekte der Regionalentwicklung

Rechtliche Grundlage: §§ 23, 44 LHO; jährliches Haushaltsgesetz und Haushaltsführungsbestimmungen

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 686 68

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	0	62	876	75	121	52	325	200	250	250	250	250	250
Korrespondierende Einnahmen aus EU									-	-	-	-	
Bund									-	-	-	-	
Sonstige									-	-	-	-	
Zuschuss									250	250	250	250	250

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2011

Befristung:

Nein Ja, bis

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Fördermittel für Modellprojekte der Regionalentwicklung zur Entwicklung und Erprobung regionalwirksamer Strategien, Prozesse und Maßnahmen. Finanzierung von exemplarischen Vorhaben zur Identifizierung von zukunftsweisenden strategischen Lösungsansätzen und zur Entwicklung und Erprobung (Operationalisierung) innovativer Strategien, Prozesse und Maßnahmen der Regionalentwicklung für die Praxis, der Begleitung der Vorhaben und der Ableitung aus ihnen übertragbarer Erkenntnisse.

Sowohl für einzelne Regionen, als auch für Gesamtniedersachsen werden gefördert:

- Die Erarbeitung von Studien, von Lösungsansätzen in wesentlichen Themenfeldern der Regionalentwicklung.
- Die Entwicklung und Durchführung von Projekten.
- Die Entwicklung konkreter Strategien und Maßnahmen und/oder
- die Erprobung der Lösungsansätze/Empfehlungen.

Zielgruppe: Kommunale Gebietskörperschaften, Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie Einrichtungen, die Träger eines Projekts sind, an dem mindestens eine Gebietskörperschaft beteiligt ist.

Durchschnittliche Förderhöhe: 250.000 EUR

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	—	150	—	150
2027	—	150	100	250
2028	—	150	100	250
2029	—	—	150	150
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	—	450	350	800

Zu Titelgruppe 69

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Entwicklung der Metropolregion Bremen – Oldenburg im Nordwesten.

Mit Staatsvertrag vom 06.09.2016 haben sich die Landesregierungen Bremen und Niedersachsen zur Verbesserung der Struktur und Entwicklung des gemeinsamen Kooperationsraumes der Metropolregion Nordwest zur Fortführung des im Jahre 2001 eingerichteten Förderfonds, an dem sich beide Länder in Höhe von 260.000 EUR jährlich je Land beteiligen, verpflichtet.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 633 69

Bezeichnung des Förderprogramms: Metropolregion Bremen – Oldenburg im Nordwesten

Rechtliche Grundlage: Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Fortführung des Förderfonds in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten e.V. vom 06.09.2016, Verwaltungsabkommen zwischen der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Diepholz vom 08.06.2001, Ergänzung v. 25.03.2015, §§ 23, 44 LHO.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	620	462	305	460	319	470	267	206	520	520	520	520	520
Korrespondierende Einnahmen aus EU									-	-	-	-	-
Bund									-	-	-	-	-
Sonstige									260	260	260	260	260
Zuschuss									260	260	260	260	260

Bis 2024 waren ausschließlich niedersächsische Landesmittel veranschlagt. Die Ausgaben wurden in gleicher Höhe mit Mitteln aus dem Bremer Landeshaushalt kofinanziert. Aus haushaltssystematischen Gründen erfolgt ab 2025 die Veranschlagung der beiden Länderanteile in einer Summe.

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 1965

Befristung:

Nein Ja, bis.

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Bremen und Niedersachsen betreiben seit 1963 eine gemeinsame Landesentwicklung. Seit 1965 stellen beide Länder Fördermittel zur Verfügung. Vorrangiges Ziel ist es, den metropolitanen Kooperationsprozess der Metropolregion Bremen – Oldenburg im Nordwesten zu unterstützen und die Struktur, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu fördern.

Zielgruppe: Kommunale Gebietskörperschaften, Zweckverbände und Körperschaften des öffentlichen Rechts, rechtlich verbindliche Zusammenschlüsse mit überwiegend kommunaler Beteiligung.

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 5.000 EUR und 200.000 EUR

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0203 Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2026	2025	- = weniger	2024
1	2	3	2026	2026	2025		
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
637 69-0	422	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	—
671 69-4	422	Erstattungen an die Geschäftsstelle	—	56	55	+1	54
686 69-1	422	Sonstige Zuschüsse für die Förderung der Metropolregion	—	—	—	—	362
TGr. 72		Zukunftsräume Niedersachsen und soziale Daseinsvorsorge	(4.690) (3.550)	(7.500)	(11.500)	(-4.000)	(6.371)
537 72-6	692	Planungen und Gutachten für das Programm	—	—	—	—	18
633 72-5	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	4.690 3.550	7.500	11.500	-4.000	6.354
TGr. 74		Brexit Adjustment Reserve (BAR) <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 74.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
547 74-8	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
632 74-5	011	Zuweisungen für Personalausgaben des Landes	—	—	—	—	—
633 74-1	011	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
671 74-0	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben an die Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank)	—	—	—	—	—
892 74-7	011	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 86		Projektbeteiligung im Rahmen der Interreg-Förderprogramme <i>Übertragbar.</i> <i>Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 86.</i>	(—)	(—)	(—)	(—)	(43)
429 86-9	692	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
511 86-7	692	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	—	—	—	—
526 86-4	692	Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten	—	—	—	—	—
527 86-0	692	Dienstreisen	—	—	—	—	5
547 86-1	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	38
TGr. 87		Interregionale Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit - Programm 2021-2027 <i>Übertragbar.</i> <i>Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Einnahmetitelgruppe 87.</i>	(—)	(45)	(45)	(—)	(25)
429 87-7	422	Nicht aufteilbare Personalausgaben	—	—	—	—	—
537 87-4	422	Landes- und Ortsplanung sowie sonstige Planungen (auch Gutachten)	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 671 69

Die Mittel sind zur Finanzierung der Geschäftsstelle der Metropolregion Bremen – Oldenburg im Nordwesten e. V. aufgrund des Verwaltungsabkommens vom 01.01.2002 mit Ergänzung vom 25.03.2015 bestimmt.

Zu Titelgruppe 72

Ziel des Programms ist die Initiierung stadtregionaler Kooperationen und die Entwicklung von Projekten, die dazu dienen, die Ankerfunktion von Mittel- und Grundzentren für die sie umgebenden ländlichen Räume zu stärken. Im Vordergrund steht, die Attraktivität von Zentren in ländlichen Räumen zu erhalten und zu steigern. Darüber hinaus sollen die Mittel- und Grundzentren durch die Bereitstellung externer Expertise, Coaching und Managementkapazitäten bei der Strategie- und Projektentwicklung und -beratung unterstützt werden.

Weiterhin sollen nichtinvestive und investive Maßnahmen der Daseinsvorsorge und ihre Vorbereitung, konzeptionelle Ausarbeitung, Vernetzung und Umsetzung z.B. modellhafte Erprobungen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und Pflege gefördert werden.

Zu 537 72

Ausgaben für Verträge:

- Kooperationen öffentliche Institutionen
- modellhafte Gestaltungsprozesse
- Umsetzung von Forschungsergebnissen und Ergebnissen von Modellvorhaben
- neue Modelle von Stadt-Land-Beziehungen sowie interkommunale Abstimmungen und Kooperationen
- Inhaltliche Zuarbeiten durch Sachverständigen
- Konzeptionelle und technische Zuarbeiten
- Datenzulieferungen
- Fachveranstaltungen
- Veröffentlichungen

Zu 633 72

Bezeichnung des Förderprogramms:

Stärkung von Zukunftsräumen in Niedersachsen und soziale Daseinsvorsorge

Rechtliche Grundlage:

§§ 23, 44 LHO, jährliches Haushaltsgesetz und Haushaltsbestimmungen sowie Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Stärkung von Zukunftsräumen in Niedersachsen in der jeweils geltenden Fassung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz			468	1.054	3.242	7.748	6.395	6.354	11.500	7.500	7.500	7.500	7.500
Korrespondierende Einnahmen aus EU													
Bund													
Sonstige													
Zuschuss									11.500	7.500	7.500	7.500	7.500

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2019 bzw. 2020

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2027

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Ziel des Programms ist die Initiierung stadtregionaler Kooperationen und die Entwicklung von Projekten, die dazu dienen, die Ankerfunktion von Mittel- und Grundzentren für die sie umgebenden ländlichen Räume zu stärken. Im Vordergrund steht, die Attraktivität von Zentren in ländlichen Räumen zu erhalten und zu steigern. Darüber hinaus sollen die Mittel- und Grundzentren durch die Bereitstellung externer Expertise, Coaching und Managementkapazitäten bei der Strategie- und Projektentwicklung und -beratung unterstützt werden. Gefördert werden Maßnahmen, die zur Steigerung der Attraktivität oder zur Förderung der Urbanität in Mittel- und Grundzentren in den ländlichen Räumen beitragen und die geeignet sind, die Ziele der Regionalen Handlungsstrategie (RHS) des jeweiligen ArL zu unterstützen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 633 72

Weiterhin sollen nichtinvestive und investive Maßnahmen der Daseinsvorsorge und ihre Vorbereitung, konzeptionelle Ausarbeitung, Vernetzung und Umsetzung z.B. modellhafte Erprobungen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und Pflege gefördert werden.

Zielgruppe:

Zuwendungsempfänger sind Städte, Gemeinden und Samtgemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, in denen ein Grund- oder Mittelzentrum festgelegt ist (Bezugsquelle: LSN, aktuellster Datenstand, Datenbestand Einwohnermeldeamt)

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 75.000 Euro und 300.000 Euro.

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushalts- jahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamt- belastung
2026	1.107	1.050	—	2.157
2027	310	1.250	940	2.500
2028	—	1.250	1.250	2.500
2029	—	—	2.500	2.500
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	1.417	3.550	4.690	9.657

Zu Titelgruppe 74

Die Titelgruppe dient der Abwicklung der vom Bund aufgrund der Verordnung (EU) 2021/1755 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 06.10.2021 zur Einrichtung der Reserve für die Anpassung an den Brexit (BAR-VO) zur Verfügung gestellten Mittel.

Zu Titelgruppe 86

Die Titelgruppe dient der finanziellen Abwicklung bei Projektbeteiligungen im Rahmen von Interreg von Institutionen des Landes, insbesondere der Ämter für regionale Landesentwicklung,

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0203 Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs-	Ansatz	Ansatz	+ = mehr	Ist
			ermächtigung	2026	2025	- = weniger	2024
1	2	3	2026	2026	2025		
			2025				
			1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
547 87-0	011	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	4
676 87-4	011	Erstattungen an das Ausland	—	22	20	+2	21
686 87-0	011	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	—	23	25	-2	—
TGr. 90		Zuschüsse zur Förderung der Grenzregion NI-NL insbesondere im Rahmen des Interreg VI A-Programms Deutschland-Niederland 2021-2027	(358) (400)	(3.314)	(3.730)	(-416)	(1.205)
547 90-0	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	5
632 90-7	692	Sonstige Zuweisungen an Länder	—	—	—	—	—
637 90-9	692	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	358 —	179	—	+179	—
686 90-0	692	Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	— 400	3.135	3.730	-595	1.200
891 90-2	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
TGr. 97		Zuschüsse zur Förderung der Grenzregion NI-NL insbesondere im Rahmen des Interreg V A-Programms Deutschland Niederland 2014-2020	(—)	(—)	(—)	(—)	(166)
547 97-7	692	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	—	—	—	—
633 97-0	692	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
637 97-6	692	Sonstige Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	—	—	166
683 97-8	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	—	—	—	—	—
685 97-0	692	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	—	—	—	—	—
883 97-7	692	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände	—	—	—	—	—
891 97-0	692	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen	—	—	—	—	—
892 97-6	692	Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen	—	—	—	—	—

ERLÄUTERUNGEN

Zu 676 87

Bezeichnung des Förderprogramms:

Mittel zur Finanzierung des niedersächsischen Anteils an der Technischen Hilfe sowie den Finanzkontrollkosten für die Beteiligungen an den Programmen Interreg Europe und Interact für den Zeitraum 2021-2029. Ausgaben für Prüfkosten werden im Zusammenhang mit den Programmen Interreg Europe und Interact voraussichtlich bis 2030 anfallen.

Rechtliche Grundlage:

Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 (allg. VO), Verordnung (EU) Nr. 2021/1058 (EFRE-VO) und Verordnung (EU) Nr. 2021/1059 (Interreg-VO) jeweils vom 24. Juni 2021.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	21	21	21	21	20	22	22	22	22
Korrespondierende Einnahmen aus EU					-	-	-	-	-
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					20	22	22	22	22

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2021

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2029

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Für den Kooperationsraum Interreg Europe stehen bis 2029 EU-Fördermittel von insgesamt rd. 394,5 Mio. EUR zur Verfügung, die mit 20 % Eigenmitteln gegenfinanziert werden müssen. Vorrangig sollen für die Kofinanzierung von Projekten kommunale, öffentliche und private Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Es ist Ziel der Landesregierung, einen möglichst hohen Rückfluss von EFRE-Mitteln nach Niedersachsen zu realisieren. Die Fördermittel sind zur Unterstützung von Projekten veranschlagt, die im besonderen Landesinteresse stehen und nicht realisiert werden könnten, weil keine anderen Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung stehen.

Zielgruppe:

Potentielle niedersächsische Projektpartner im Interreg Europe-Programm 2021-2029

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 5.000 Euro und 20.000 Euro.

Zu 686 87

Unterstützung niedersächsischer Projekte im Interreg Europe-Programm für den Zeitraum 2021 bis 2030.

Für die interregionale Zusammenarbeit (Interreg Europe) müssen die Projekte die EU-Mittel mit Eigenmitteln kofinanzieren.

Hierfür werden kommunale, private und sonstige öffentliche Möglichkeiten genutzt.

Es ist Ziel der Landesregierung, aus den EU-Programmen einen möglichst hohen Anteil an EFRE-Mitteln für niedersächsische Projektpartner zu generieren. Die eingeplanten Mittel dienen daher der Unterstützung von Projekten, die im besonderen Landesinteresse stehen und nur deshalb nicht realisiert werden könnten, weil Eigenmittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Dies betrifft insbesondere Landesinstitutionen wie z.B. die Ämter für regionale Landesentwicklung.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 686 87

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	25	23	23	13	13
Korrespondierende Einnahmen aus EU									
Bund					-	-	-	-	-
Sonstige					-	-	-	-	-
Zuschuss					25	23	23	13	13

Empfänger:

Unternehmen Vereine/Verbände Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen Private/Sonstige

Förderart:

Gesetzliche Finanzhilfe Projektförderung Institutionelle Förderung Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 2021

Befristung:

Nein Ja, bis 31.12.2029

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Für den Kooperationsraum Interreg Europe stehen bis 2029 EU-Fördermittel von insgesamt rd. 394,5 Mio. EUR zur Verfügung, die mit 20 % Eigenmitteln gegenfinanziert werden müssen. Vorrangig sollen für die Kofinanzierung von Projekten kommunale, öffentliche und private Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Es ist Ziel der Landesregierung, einen möglichst hohen Rückfluss von EFRE-Mitteln nach Niedersachsen zu realisieren. Die Fördermittel sind zur Unterstützung von Projekten veranschlagt, die im besonderen Landesinteresse stehen und nicht realisiert werden könnten, weil keine anderen Mittel zur Kofinanzierung zur Verfügung stehen.

Zielgruppe:

Potentielle niedersächsische Projektpartner im Interreg Europe-Programm 2021-2029

Durchschnittliche Förderhöhe: zwischen 5.000 Euro und 20.000 Euro.

Zu Titelgruppe 90

Mittel für denselben Zweck können auch im Kapitel 0202 TGr. 74 veranschlagt sein, die u. a. ebenfalls Aktivitäten unterstützen, um insbesondere die interregionalen Beziehungen mit den Provinzen Drenthe, Friesland, Groningen und Overijssel in den Niederlanden zu pflegen und die Partnerschaft mit den Niederlanden weiter auszubauen.

Zu 632 90

Vgl. Titel 686 90

Zu 637 90

Die Mittel stehen zur Förderung von Projekten von grenzübergreifenden Zweckverbänden - insbesondere der EUREGIO und Ems Dollart Region (EDR) - nach den in den Erläuterungen zu 686 90 genannten Kriterien (Kooperationsprojekte mit niederländischen Partnern, besonderes niedersächsisches Landesinteresse und niederländische Gegenfinanzierung) zur Verfügung.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	179	179	179	179
Korrespondierende Einnahmen aus EU													
Bund													
Sonstige													
Zuschuss									-	179	179	179	179

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 637 90

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushaltsjahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
2026	—	—	—	—
2027	—	—	179	179
2028	—	—	179	179
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	—	—	358	358

Zu 686 90

Bezeichnung des Förderprogramms:

Die Mittel werden zur Förderung der Grenzregion zwischen Niedersachsen und den Niederlanden durch Kooperationsmaßnahmen, insbesondere im Rahmen des Interreg VI A-Programms „Deutschland-Niederland 2021-2027“, genutzt. Programmpartner sind neben Niedersachsen die Niederlande, das Land Nordrhein-Westfalen, die Provinzen Friesland, Groningen, Drenthe, Gelderland, Overijssel, Flevoland, Nord-Brabant und Limburg sowie die 4 Euregios im Programmgebiet.

Veranschlagt sind Beträge zur Kofinanzierung von Kooperationsprojekten einschließlich Ausgaben für die Technische Hilfe (Programminstanzen etc.), sowie für Öffentlichkeitsarbeit, Evaluation etc.

In Ausnahmefällen können niedersächsische Partner in Kooperationsprojekten mit niederländischen Partnern gefördert werden, wenn eine Förderung dem Grunde nach aus dem Programm Interreg A „Deutschland-Niederland“ möglich wäre oder sie dem besonderen niedersächsischen Landesinteresse dient und eine niederländischen Gegenfinanzierung erfolgt.

Dem Interreg A-Programm „Deutschland-Niederland“ stehen für die Förderperiode 2021-2027 rd. 240 Mio. Euro EU-Mittel zur Verfügung.

Rechtliche Grundlage:

Verordnung der EU: Allg. VO, EFRE-VO, Interreg-VO in der für die Förderperiode 2021-2027 geltenden Fassung.

Interreg A-Programm „Deutschland-Niederland“ für die Förderperiode 2021-2027.

Mit Beschluss vom 22.06.2021 hat die Landesregierung dem Programm zugestimmt.

Ansätze und korrespondierende Einnahmen:

Tsd. EUR	2017 (Ist)	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Ist)	2021 (Ist)	2022 (Ist)	2023 (Ist)	2024 (Ist)	2025 (Soll)	2026 (Soll)	2027 (Soll)	2028 (Soll)	2029 (Soll)
Ist / Ansatz	-	-	-	-	-	-	400	1.200	3.730	3.135	2.485	1.995	1.870
Korrespondierende Einnahmen aus EU													
Bund													
Sonstige													
Zuschuss									3.730	3.135	2.485	1.995	1.870

Endempfänger:

Zuwendungen werden gewährt an:

- Einrichtungen des öffentlichen oder privaten Rechts
- sonstige Stellen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit oder
- natürliche Personen, die für die Veranlassung und Durchführung des Vorhabens zuständig sind.
- Europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) oder vergleichbare, grenzüberschreitende Rechtspersonen, die nach deutschem oder niederländischem Recht von einer Behörde oder Einrichtung aus Deutschland und den Niederlanden gemeinsam eingerichtet sind.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

[X] Unternehmen, insbesondere KMU (kleine oder mittlere Unternehmen). Unternehmen, die nicht als KMU gelten, können nur in besonderen Ausnahmefällen gefördert werden, wenn ihre Beteiligung für die Zielerreichung des Projekts unverzichtbar ist und/oder sich besondere Synergieeffekte für KMU ergeben.

Im Wettbewerb stehende Unternehmen werden nur im Rahmen von Kooperationen mit Universitäten/Fachhochschulen/Forschungseinrichtungen/Transferstellen und sonstigen Bildungseinrichtungen oder im Rahmen von Kooperationsprojekten von Unternehmen, die gemeinsam ein Projekt durchführen, gefördert.

[X] Vereine/Verbände [X] Gemeinden/Landkreise/sonstige öffentl. Einrichtungen [X] Private/Sonstige

Förderart:

[] Gesetzliche Finanzhilfe [X] Projektförderung [] Institutionelle Förderung [] Billigkeitsleistung

Beginn der Förderung: 01.01.2021

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu 686 90

Befristung:

[] Nein [X] Ja, bis 31.12.2029

Förderzweck, insbesondere Darlegung des erheblichen Landesinteresses an der Förderung:

Kooperationsprojekte zwischen niedersächsischen und niederländischen Partnern, insbesondere nach den Kriterien des Interreg VI A-Programms „Deutschland-Niederland“

Zielgruppe:

Regionale Wirtschaft, insbesondere KMU in der Region, Technologie- und Innovationszentren, Wissensinrichtungen (Schulen, Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen), lokale und regionale Einrichtungen und Behörden (Kommunen, IHK, HWK, Wirtschaftsfördereinrichtungen, Kultureinrichtungen, Versicherungen, Berufsvertretungen, Sozialpartner, soziale Einrichtungen), Umwelt- und Naturschutzverbände, Krankenhäuser und Gesundheitsorganisationen, Bürger Vereine etc. Private Unternehmen können mit anderen Partnern grenzübergreifend kooperieren. Projekte eines einzelnen Unternehmens kommen nicht für eine Förderung in Betracht.

Durchschnittliche Förderhöhe: 250.000 EUR

Belastung durch VE - in 1000 EUR -

der Haushaltsjahre	durch die bis 2024 in Anspruch genommenen VE	durch die 2025 ausgebrachte VE	durch die 2026 ausgebrachte VE	Gesamtbelastung
2026	2.735	400	—	3.135
2027	2.485	—	—	2.485
2028	1.995	—	—	1.995
2029	—	—	—	—
2030 ff.	—	—	—	—
Summe	7.215	400	—	7.615

Zu 891 90

Vgl. Titel 686 90

Zu Titelgruppe 97

Die Mittel werden zur Förderung der Grenzregion Niedersachsen - Niederlande durch Kooperationsmaßnahmen, insbesondere im Rahmen des Interreg V A-Programms „Deutschland-Niederland 2014-2020“, genutzt. Programmpartner sind neben Niedersachsen die Niederlande, das Land Nordrhein-Westfalen, die Provinzen Friesland, Groningen, Drenthe, Gelderland, Overijssel, Flevoland, Nord-Brabant und Limburg sowie die 4 Euregios im Programmgebiet.

Dem Programm stehen EU-Mittel i. H. v. rd. 222 Mio. EUR zur Verfügung.

Veranschlagt sind Beträge zur Kofinanzierung von Kooperationsprojekten - insbesondere der EFRE-Mittel des Programms „Deutschland-Niederland“ - einschließlich Ausgaben für die Technische Hilfe (Sekretariat und Programmmanagements, Verwaltungs-, Bewilligungs-, Bescheinigungs- und Prüfbehörde). In der Förderperiode 2014 bis 2020 ist nach der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 eine n+3-Regelung vorgesehen, so dass Ausgaben im Zusammenhang mit dem Interreg A-Programm voraussichtlich bis 2023 anfallen. In Ausnahmefällen können niedersächsische Partner in Kooperationsprojekten mit niederländischen Partnern gefördert werden, wenn eine Förderung dem Grunde nach aus dem Programm Interreg A „Deutschland-Niederland“ möglich wäre oder sie dem niedersächsischen Landesinteresse dient und eine niederländische Gegenfinanzierung erfolgt.

Mittel für denselben Zweck können auch im Kapitel 0202 TGr. 74 veranschlagt sein, die u.a. ebenfalls Aktivitäten unterstützen, um die interregionalen Beziehungen mit den Provinzen Drenthe, Friesland, Groningen und Overijssel in den Niederlanden zu pflegen und die Partnerschaft mit den Niederlanden weiter auszubauen.

Bezeichnung des Förderprogramms:

Veranschlagt sind die Zuschüsse für grenzüberschreitende Kooperationsmaßnahmen insbesondere in Rahmen des Kooperationsprogramms Interreg A „Deutschland-Niederland“.

Rechtliche Grundlage:

Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates (allg. VO), Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 (EFRE-VO) und Verordnung (EU) Nr. 1299/2013 (ETZ-VO) jeweils vom 17.12.2013.

Mit Beschluss vom 11.03.2014 hat die Landesregierung dem Interreg A Programm „Deutschland-Niederland“ zugestimmt und die StK ermächtigt, die für die Umsetzung erforderlichen Verträge zu schließen. Das Operationelle Programm wurde am 03.04.2014 bei der Europäischen Kommission zur Genehmigung eingereicht. Die Programmpartner haben bei Einreichung des Programms ein „Memorandum of Understanding“ unterschrieben, in dem sie der Europäischen Kommission versichern, dass die notwendige nationale Kofinanzierung sichergestellt wird. Die Programme im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) in der Förderperiode 2014-2020 sind beendet.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0203 Regionale Landesentwicklung, EU-Förderung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0203					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen		351	—	+351	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		260	—	+260	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		600	—	+600	
		Summe der Einnahmen		1.211	—	+1.211	
		4 Personalausgaben	—	—	—	—	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst	—	775	—	+775	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.578	26.308	—	+26.308	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	600	—	+600	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	5.578	27.683	—	+27.683	
		Zuschuss	—	26.472	—	+26.472	

ERLÄUTERUNGEN

Allgemeine Vorbemerkungen zu Kapitel 0206

Für das budgetierte Kapitel 0206 gelten folgende haushaltsrechtliche Vermerke:

1. 422 10, 427 10, 428 10, 443 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 547 10 und 632 10 sind gegenseitig deckungsfähig.
2. 519 10 und 812 10 sind einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 427 10, 428 10, 443 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 547 10 und 632 10.
3. 812 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 519 10.
4. 981 10 ist einseitig deckungsfähig zu Lasten 422 10, 427 10, 428 10, 443 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 547 10 und 632 10.
5. Mehreinnahmen bei 111 10, 119 10, 129 10, 132 10 und 282 10 erhöhen die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 428 10, 443 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 547 10, 632 10, 812 10 und 981 10.
6. Mindereinnahmen bei 111 10, 119 10, 129 10, 132 10 und 282 10 vermindern die Ausgabe bei 422 10, 427 10, 427 39, 428 10, 443 10, 459 10, 511 10, 514 10, 517 10, 518 10, 519 10, 547 10, 632 10 und 981 10.
7. Soweit die zusätzlichen Ausgabeermächtigungen zur Leistung von Personalausgaben in Anspruch genommen werden, darf in entsprechendem Umfang vom Beschäftigungsvolumen abgewichen werden. Verpflichtungen, die zu Ausgaben in künftigen Jahren führen können, dürfen nur eingegangen werden, soweit auch in diesen Jahren Mehreinnahmen zu deren Finanzierung sichergestellt sind. Soweit eine Einsparung bei den Personalausgaben umgesetzt wird, dürfen Planstellen und andere Stellen sowie das Beschäftigungsvolumen in entsprechender Höhe nicht in Anspruch genommen werden, das Finanzministerium darf im Fall eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses auf Antrag Ausnahmen zulassen.
8. Unter der Voraussetzung, dass die Staatskanzlei - hinsichtlich Art, Menge sowie Kosten/Erlöse im Einvernehmen mit dem Finanzministerium - die Erfüllung des Leistungsplans festgestellt hat, dürfen Ausgabe-
reste in Höhe von zwei Dritteln der nicht in Anspruch genommenen Ausgabeermächtigungen nach Abzug gegebenenfalls noch offener Budgetüberschreitungen aus Vorjahren gebildet werden, die für das Budget über das Haushaltsjahr hinaus bis zum Ende des auf die Schlussbewilligung folgenden zweitnächsten Haushaltsjahres verfügbar bleiben und in Anspruch genommen werden dürfen. Nicht in Anspruch genommene Ausgabeermächtigungen aufgrund zweckgebundener Drittmittel werden in voller Höhe übertragen und dürfen in den folgenden Haushaltsjahren in Anspruch genommen werden.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0206 Nds. Landesarchiv - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
			4	5	6	7	8
E I N N A H M E N							
111 10-0	162	Gebühren, sonstige Entgelte		390	390	—	404
119 10-0	162	Sonstige Verwaltungseinnahmen <i>*** Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 4 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.</i>		20	2	+18	47
129 10-6	162	Sonstige Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen		30	34	-4	28
132 10-7	162	Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen		—	—	—	—
282 10-9	162	Sonstige Zuschüsse aus dem Inland		275	275	—	452
A U S G A B E N							
422 10-5	162	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	—	10.453	10.126	+327	3.725
427 10-7	162	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	74	74	—	47
427 39-5	162	Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte für Landesbedienstete im Mutterschutz	—	—	—	—	—
428 10-3	162	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	—	—	—	—	6.295
443 10-2	162	Fürsorgeleistungen	—	3	2	+1	3
459 10-6	162	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	313	291	+22	301
511 10-8	162	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	—	205	221	-16	156
514 10-7	162	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen	—	226	210	+16	315
517 10-6	162	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	—	700	700	—	677
518 10-2	162	Mieten und Pachten	—	218	218	—	226
519 10-9	162	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	—	400	234	+166	477
529 11-2	162	Verfügungsmittel	—	—	—	—	0
546 30-0	011	Abwicklung offener Posten aus dem Vorjahr	—	—	—	—	—
547 10-2	162	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	—	719	604	+115	618
632 10-0	162	Sonstige Zuweisungen an Länder	—	102	102	—	96
812 10-8	162	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	—	270	130	+140	128
981 10-4	891	Abführung an 1321 - 381 02	—	1.930	1.930	—	1.929

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0206Erläuterungen (Allgemeiner Erläuterungsteil) 2026

Rechts- und Organisationsgrundlagen

Wesentliche Grundlagen:

- Niedersächsisches Archivgesetz (NArchG) 25.5.1993 (Nds. GVBl. S. 129) und die dazu ergangenen Vorschriften, Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung –AllGO–) vom 5.6.1997 (Nds. GVBl. S. 171) Kostentarif-Nr. 81, jeweils in der aktuellen Fassung,
- Gesetz zum Schutz von Kulturgut (Kulturgutschutzgesetz –KGSG) vom 31. Juli 2016 (BGBl. I S. 914)
- Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. EU 2016 L 1119/1)
- Beschluss der Landesregierung „Verwaltungsmodernisierung; Organisations- und Standortentscheidungen im Geschäftsbereich der StK“ vom 13.7., 7. und 14.9.2004 (Nds. MBl. S. 686) –Abschnitt I Nr. 1.1 und Abschnitt III Nr. 1–.

Verwaltungsaufbau und Budgetplan

Der Verwaltungsbereich des Niedersächsischen Landesarchivs gliedert sich in Abteilungen am Sitz in Hannover (einschl. der Außenstellen in Pattensen und Clausthal-Zellerfeld) und in den Standorten Aurich, Bückeburg, Oldenburg, Osnabrück, Stade und Wolfenbüttel. Die Stammpersonalstärke des Verwaltungsbereichs beträgt derzeit rd. 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (mit Auszubildenden).

Die Produkte werden in den acht Abteilungen des Landesarchivs gemeinschaftlich unter zentraler Steuerung durch die Leitung des Verwaltungsbereichs erstellt; eine produktbezogene Budgetverteilung innerhalb des Verwaltungsbereichs i. S. d. § 17a LHO erfolgt nicht. Nicht alle Aufgaben des Verwaltungsbereichs werden in jeder Abteilung wahrgenommen. In der Abteilung Zentrale Dienste am Standort Hannover werden die sog. Querschnittsaufgaben (Personal, Haushalt, Organisation, IT, die Pflege des NLA-eigenen Fachverfahrens Arcinsys, Controlling, der Betrieb eines Digitalen Archivs und der überwiegende Teil der Öffentlichkeitsarbeit) sowie die archivfachlichen Grundsatzfragen wahrgenommen.

Die Kernaufgaben der Bestandserhaltung, die Digitalisierung sowie die Sicherungsverfilmung (im Auftrag und finanziert durch den Bund) werden in der ebenfalls der Abteilung Zentrale Dienste zugeordneten Zentralen Werkstatt erledigt. Die archivfachliche Ausbildung erfolgt in der Abteilung Hannover. Die Bearbeitung der Rückstände bei der fachgerechten Verpackung der Archivalien ist weitgehend in den Abteilungen Hannover und Oldenburg konzentriert.

Zielsetzung

Die Hauptaufgabe des Verwaltungsbereichs besteht darin, aus der schriftlichen Überlieferung, die beim Land entsteht, regelmäßig den Anteil von bleibendem Wert (Archivgut) zu ermitteln, zu übernehmen, inhaltlich zu erschließen, dauerhaft zu sichern, fachgerecht zu verwahren, instand zu setzen sowie dieses Archivgut für die Allgemeinheit und für die Einrichtungen des Landes selbst zeitgemäß nutzbar zu machen. Der Verwaltungsbereich verwahrt Archivgut aus einer Zeitspanne von ca. 1.200 Jahren Geschichte des Landes Niedersachsen und seiner rechtlichen Vorläufer. Der Umfang des Archivgutes beläuft sich derzeit auf ca. 100 Regalkilometer analoges Schriftgut. Bei ca. Zweidrittel dieser Gesamtmenge handelt es sich um Archivgut, das aus der Zeit vor 1900 stammt.

Daneben wird zunehmend originär digitales Schriftgut dem Verwaltungsbereich angedient, das – wenn auch in anderen Arbeitsprozessen behandelt – den gleichen archivrechtlichen Vorgaben unterliegt.

Die auf Dauer angelegte Verwahrfunktion macht den Verwaltungsbereich neben seiner archivgesetzlich festgelegten Aufgabe der Rechtsicherung zu einer Kulturgut bewahrenden Einrichtung im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 11 KGSG, deren Bestände als Nationales Kulturgut in seiner Gesamtheit Teil des kulturellen Erbes Deutschlands ist und dem Schutz nach dem KGSG unterliegt.

Nach den archivgesetzlichen Bestimmungen ist das Archivgut inhaltlich aufzubereiten und der Öffentlichkeit allgemein zugänglich zu machen. Damit wird für Staat und Bürgerinnen und Bürger die langfristig notwendige Rechtssicherheit, z.B. bei der Klärung früherer Eigentumsverhältnisse oder bei Entschädigungsansprüchen, gewahrt, Rechts- und Verwaltungskontinuität gewährleistet sowie Gesetzgebung, Rechtspflege, Verwaltung und Forschung ein vielfältiges Wissenspotenzial zur Verfügung gestellt und das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft dokumentiert.

Erläuterungen zum Produkthaushalt nach § 17a LHO

Budgetierungsmodell

Für den Verwaltungsbereich sind folgende Produkte definiert:

1. Archivgutbildung,
2. Archivgutpflege,
3. Sicherungsverfilmung,
4. Benutzung und Auswertung.

Produkt Archivgutbildung

Aus dem analogen und – soweit von den Landesdienststellen bereits angebotenen – digitalen Schriftgut der Landesverwaltung (einschließlich Justiz) sowie der sonstigen Einrichtungen des Landes ist regelmäßig durch archivische Bewertung das Archivgut zu ermitteln, zu übernehmen und dauerhaft zu sichern.

Um die aktuellen Archivgutzuwächse durch fachgerechte Erschließung zeitnah und niedrigschwellig der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, ist die Aufgabe der Ersterschließung der laufenden Zuwächse priorisiert; die ebenfalls priorisierte Ersterschließung älterer Bestände soll bis 2030 weitgehend abgeschlossen werden. Daneben existiert an allen sieben Standorten des Verwaltungsbereichs nach wie vor in der Vergangenheit übernommenes, inhaltlich z. T. nur rudimentär erschlossenes Archivgut, dessen Nacherschließung ebenfalls priorisierte Aufgabe ist.

Die qualitative Verbesserung der bereits bestehenden Erschließung älterer Archivbestände (insbesondere aus dem 16. bis 19. Jahrhundert) mittels einer inhaltlich fundierten Nacherschließung gewinnt angesichts der Online-Zugänglichkeit des Verwaltungsbereichs verstärkt Bedeutung. Der Verwaltungsbereich betreibt ein eigenes niedersächsisches Archivportal und nimmt zunehmend an nationalen und europäischen Archivportalen (Archivportal D, Europeana, Deutsche Digitale Bibliothek) teil. In dieser archivspartenübergreifenden Bündelung des kulturellen Erbes entsteht ein erheblicher Mehrwert für die Öffentlichkeit allgemein sowie für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien im Besonderen. Zudem dient die Online-Bereitstellung von digitalisiertem Archivgut dem Schutz von Kulturgütern: Können gefährdete Objekte anhand ihrer Digitalisate erforscht werden, müssen die Originale nur in Ausnahmefällen selbst beansprucht werden. In der Summe ist die Nacherschließung eine Aufgabe, die angesichts des Mengengerüsts grundsätzlich nur über einen langen Zeitraum geleistet werden kann. Diese Aufgabe ist zudem in hohem Maße von den zur Verfügung stehenden Personalressourcen abhängig.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206

Sämtliche Erschließungsarbeiten erfolgen seit 2015 unter Einsatz einer neuen webbasierten Archivfachsoftware, die in einer länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Hessen entwickelt worden ist, und in dieser Kooperation (seit 2017 unter Beteiligung von Schleswig-Holstein, seit 2019 auch unter der von Bremen) auch weiterentwickelt wird. Diese Fachsoftware garantiert extern einen niederschweligen, benutzerfreundlichen Zugang und bildet intern innerhalb des Verwaltungsbereichs über die Erschließungsarbeiten hinaus auch alle archivfachlichen Arbeitsprozesse ab.

Mit der Fertigstellung eines in der Online-Datenbank abgebildeten Erschließungsdatensatzes und ggf. der Verknüpfung der von dem Archivgut im NLA erstellten Digitalisate kommt die Archivgutbildung für jede Archivguteinheit zu einem ersten Abschluss. Daher bildet die Zahl der jährlich neu hinzugekommenen bzw. bearbeiteten und aktualisierten Datensätze die prägende Leistungsmenge dieses Produkts; sie spiegelt zugleich den Zuwachs an öffentlich zugänglichen und in qualitativ höherer Form nutzbarem Archivgut wider.

Produkt Archivgutpflege

Um das analoge Archivgut dauerhaft zu verwahren und zu erhalten, muss es in erster Priorität sach- und fachgerecht aufbereitet werden. Dies gilt nicht nur für das neu übernommene Archivgut, sondern auch für eine große Menge bereits vorhandener, teils Jahrhunderte alter Bestände, soweit deren Aufbewahrungsform noch nicht den bestehenden fachlichen Anforderungen entspricht. Durch eine fachgerechte Verpackung werden nicht nur zukünftige Schädigungen des Archivgutes vermieden, sondern auch bereits eingetretene Schädigungen sowie die Selbsterstörungsprozesse säurehaltiger Papiere verlangsamt. Daher gilt die fachgerechte Verpackung anerkanntermaßen als erste und wichtigste Maßnahme der Bestandserhaltung. Diese Priorisierung schafft die erforderlichen zeitlichen Spielräume für die darüber hinaus langfristig notwendigen, umfangreichen Maßnahmen zur Entsäuerung und Restaurierung.

Die Erstellung von Schutzmedien (Made Digitals) für ausgewählte Archivbestände schützt die Archivalien vor weiteren Schädigungen infolge einer Nutzung. Zudem werden die so erzeugten Digitalisate mit der inhaltlichen Information der jeweiligen Erschließungsdatensätze in der Archivsoftware verknüpft und sind anschließend online recherchier- und benutzbar. So wird der Arbeitsaufwand in den Lesesälen des NLA gesenkt, der Einstieg in den virtuellen Lesesaal vorbereitet und die Benutzerzufriedenheit gesteigert. Nach der Bund-Länder-Empfehlung der Koordinierungsstelle für die Erhaltung schriftlichen Kulturguts (KEK) gehört die Sicherung des kulturellen Erbes durch Digitalisierung zur Kernaufgabe der öffentlichen Archive und Bibliotheken.

Für die Produkte „Archivgutbildung“ und „Archivgutpflege“ gilt, dass das zu bearbeitende Archivgut nach Art der Entstehung, nach seinem physischen Erhaltungszustand und nach Ausmaß der Benutzernachfrage klassifiziert ist. Hieraus ergeben sich die unterschiedlichen Bearbeitungsbedarfe und Zeitaufwände sowie die Möglichkeit der Priorisierung der Arbeitsabfolgen. Dabei ergeben sich die produktbezogenen Zielkosten pro Stück aus einer Mischkalkulation, die die unterschiedlichen Gegebenheiten des Archivguts berücksichtigt.

Produkt Sicherungsverfilmung

Die Sicherungsverfilmung von Archivgut dient dem Erhalt von Kulturgut des Landes Niedersachsen nach dem neuen Kulturgutschutzgesetz, das das Gesetz zu den Konventionen vom 14. Mai 1954 abgelöst hat. Der Arbeitsprozess der Sicherungsverfilmung erfolgt im Auftrag des Bundes, der die dafür einzuhaltenden Qualitätsstandards festlegt und die dabei anfallenden unmittelbar verursachten Personalausgaben sowie die Sachausgaben (insbesondere für Geräteausstattung und Verbrauchsmittel) trägt. Es gehört zum Auftrag der Sicherungsverfilmung, diese Dienstleistung nach inhaltlichen Prioritäten auch für die übrigen öffentlichen Archive in Niedersachsen und Bremen wahrzunehmen.

Produkt Benutzung und Auswertung

Das Produkt umfasst die Beratung und Unterstützung, Auskunftserteilung, Anfertigung von Reproduktionen etc. für Benutzerinnen und Benutzer und den Aufwand für die Teilnahme des Verwaltungsbereichs an der landesgeschichtlichen Forschung (z.B. durch Veröffentlichungen, Tagungen, Führungen und sonstige historische Öffentlichkeitsarbeit).

Die Nutzung des Archivguts durch Außenstehende ist zwar die von der Öffentlichkeit im allgemeinen vorrangig wahrgenommene Tätigkeit des Verwaltungsbereichs, tatsächlich aber macht diese nur einen kleineren Teil des archivischen Aufgabenfeldes aus. Aus diesem Grunde können die hieraus zu erzielenden Einnahmen keinen nennenswerten Beitrag zur Gesamtkostendeckung leisten, zumal die Benutzung zu wissenschaftlichen Forschungszwecken, insbesondere durch Universitäten oder vergleichbare Einrichtungen, aufgrund rechtlicher Regelungen kostenfrei ist. Außerdem sinkt durch den zunehmenden Einsatz mobiler digitaler Medien durch die Benutzerinnen und Benutzer, die sich mittlerweile in allen Landesarchiven durchgesetzt hat, die Nachfrage nach kostenpflichtigen Reproduktionen.

Sonstige Aufgaben

Mit der dem Verwaltungsbereich gesondert zugewiesenen Aufgabe „Betreuung der zentralen Altregistraturen der früheren Bezirksregierungen“ wird den Nachfolgebehörden jederzeit ein schneller und zuverlässiger Rückgriff auf das Schriftgut der Altregistraturen gewährleistet und das Verwaltungshandeln der Nachfolgebehörden erleichtert. Zugleich konnte mittlerweile die endgültige archivische Bewertung dieses Schriftguts durch den Verwaltungsbereich abgeschlossen werden.

Die Beteiligung des Verwaltungsbereichs an der zum 01.01.2016 mit der nicht selbständigen Stiftung „Wirtschaftsarchiv Nord-West-Niedersachsen“ fusionierten selbständigen Stiftung „Niedersächsisches Wirtschaftsarchiv“ gehört zum erweiterten Aufgabenkatalog gemäß § 1 Abs. 1 NArchG. Die Stiftung mit Sitz in Wolfenbüttel (Stifter/-innen: Land Niedersachsen, Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Öffentliche Versicherung Braunschweig, Industrie- und Handelskammer Braunschweig) nimmt in dem im Stiftungsgeschäft und in der Satzung der Stiftung festgelegten – geringen – Umfang Personal- und Sachressourcen des Verwaltungsbereichs in Anspruch (vgl. hierzu Nds. MBL. 2005 S. 410). Sie hat zugleich die Aufgabe der unselbständigen Stiftung „Wirtschaftsarchiv Nord-West-Niedersachsen“ übernommen. Die Kosten für diese beiden Aufgaben sind daher im Abschnitt „Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag“ getrennt von den Produkten als „Sonstige Aufgabe“ ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206

Leistungsergebnis 2024 und weitere Entwicklung

Im Bereich des Produktes Archivgutbildung stellt die Leistung der "Erschließung" eine wichtige Kennzahl dar. Sie gibt die Zahl der jährlich neu hinzugekommenen bzw. verbesserten und aktualisierten Datensätze im Archivinformationssystem Arcinsys wieder. 2024 wurde die geplante Leistungsmenge bei „Erschließung“ übertroffen. Das Ergebnis ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Nachbearbeitung der erzeugten Digitalisate schneller vorankommt und dadurch mehr Erschließungsdatsätze als zuvor mit Digitalisaten angereichert werden können. Diese Arbeiten werden voraussichtlich auch in den nächsten Jahren weiter anfallen, weshalb die Leistungsmenge bei der Erschließung ab 2026 entsprechend erhöht wird.

Neben der Übernahme und weiteren Betreuung analogen Schrift- bzw. Archivgutes wird dem Verwaltungsbereich auch zunehmend Schriftgut zur Übernahme angeboten, das von vornherein in digitaler Form entstanden ist (Born Digitals). Auch dieses Schriftgut unterliegt der archivrechtlichen Anbietungspflicht seitens der Landesverwaltung, d. h. das digitale Schriftgut wird mit seiner Übernahme Archivgut, das denselben archivgesetzlichen Anforderungen unterliegt wie analoges Schriftgut. Dessen dauerhafte Aufbewahrung stellt allerdings eine ganz neue Herausforderung dar. Neben dem Aufbau einer spezifischen technischen Infrastruktur (digitales Magazin samt den dazu gehörigen IT-Werkzeugen) erfordert deren Betrieb auch speziell ausgebildetes Archiv- und IT-Personal, um die für die Bewertung, Übernahme, dauerhafte Sicherung und rechtskonforme Nutzung dieses Archivguts erforderlichen, aber von der Betreuung analogen Archivgutes abweichenden Arbeitsprozesse wahrnehmen zu können. Zudem muss auch die digitale Archivierung allen Erwartungen der gesetzlich geforderten Rechtssicherheit genügen. Der Betrieb eines solchen digitalen Archivs mit einem digitalen Magazin erfordert langfristig zusätzliche Personal- und Sachmittel, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass der bisherige Aufwand für die Sicherung und den Erhalt des analogen Archivguts künftig entfällt. Es ist zudem nicht zu erwarten, dass die Übernahme analogen Schrift- bzw. Archivgutes in absehbarer Zukunft zum Erliegen kommen wird. Auch weiterhin wird der Verwaltungsbereich konventionelles Archivgut übernehmen müssen. Für einen längeren Zeitraum werden daher parallele Arbeitsprozesse für die Übernahme, Erschließung, Magazinierung und Bereitstellung des jeweiligen analogen und digitalen Archivguts vorzuhalten sein.

Signaling – Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable Development Goals – SDGs)

Das Nds. Landesarchiv verwahrt das Archivgut der staatlichen Behörden und Gerichte in Niedersachsen und stellt diese originalen Quellen den Benutzerinnen und Benutzern des Archivs zur Verfügung. Damit gewährleistet das NLA den öffentlichen Zugang zu Informationen im Sinne des SDG 16.

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206

Zielkosten der Produkte und des Verwaltungsbereichs

Produkte	Leistungs-	Zielkosten	Gesamt-	Leistungs-	Zielkosten	Leistungs-	Kosten	Leistungs-	Kosten
	menge	-EUR-	zielkosten	menge	-EUR-	menge	-EUR-	menge	-EUR-
	-Stück-	(Soll)	- Tsd. EUR-	-Stück-	(Soll)	-Stück-	(Ist)	-Stück-	(Soll)
	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Soll)	(Ist)	(Ist)	(Soll)	(Soll)
	2026	2026	2026	2025	2025	2024	2024	2024	2024
Produkt 1 Archivgutbildung [Stück Datensatz]	200.000	25,87	5.174	165.000	29,22	246.522	17,60	165.000	28,08
Produkt 2 Archivgutpflege [Stück Archivgut]	100.000	56,96	5.696	100.000	54,17	102.536	53,02	100.000	54,12
Produkt 3 Sicherungsverfilmung [Anzahl Aufnahmen]	850.000	0,80	680	850.000	0,81	699.855	1,01	850.000	0,82
Produkt 4 Benutzung und Auswertung [Stunden]	55.000	104,51	5.748	55.000	101,46	54.967	107,01	55.000	98,93
Gesamtsumme			17.298						

Leistungsplan und Finanzierungsbeitrag

	Gesamtzielkosten	Eigenerlöse	Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt
	- Tsd. EUR-	- Tsd. EUR-	- Tsd. EUR-
	(Soll)	(Soll)	(Soll)
	2026	2026	2026
Archivgutbildung	5.174	120	5.054
Archivgutpflege	5.696	110	5.586
Sicherungsverfilmung	680	210	470
Benutzung und Auswertung	5.748	275	5.473
Zwischensumme	17.298	715	16.583
Sonstige Aufgaben:			
Altregistraturen der früheren Bezirksregierungen	90	0	90
Wirtschaftsarchive	32	0	32
Amtshilfe	0	0	0
landesweite Projektarbeit	0	0	0
Bewirtschaftung von Transfer- Mitteln	0	0	0
Sonstige Eigenerlöse		0	0
Produktsumme	17.420	715	16.705
Haushaltsausgleich	0	0	0
Gesamtsumme	17.420	715	16.705

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206

Überleitungsrechnung 2026		Einnahmen (0-3)					Ausgaben (4-9)					HH- Abgl.
Bereichshaushalt (Produkte)	Tsd. EUR	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
+ Verwaltungserträge	200		200									
+ Erträge aus Erstattungen	485		210	275								
+/- Bestandsveränderungen												
+ sonstige betriebliche Erträge	30		30									
= Erträge	715											
- Aufwendungen für Dienstbezüge von Beamten, Angestellten und Arbeitern	11.229					10.750						479
- Versorgung, Beihilfe, ATZ-Kosten	1.449											1.449
- sonstige Personalaufwendungen	95					93						2
= Personalaufwendungen	12.773											
- Büro- und Verwaltungsaufwendungen, Aus- und Weiterbildung	226						124	102				
- Aufwendungen Kommunikation und Reisen	75						75					
- Aufwendungen für Mieten, Material sowie für Betriebs- und Instandhaltung	3.477						1.547				1.930	
- Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter	619						619					
- Erstattungen u. sonstige Aufwendungen	50						50					
- Abschreibungen	200											200
= Sachaufwendungen	4.647											
= Aufwendungen	17.420											
= Ergebnis nach eigenen Erträgen	-16.705											
+ Finanzierungsbeitrag zum Produkthaushalt	16.705											
= Ergebnis nach Landeszuschuss	0											
+ Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und ähnlichen Erträgen												
- Aufwendungen aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen												
= Finanzergebnis	0											
+ außerordentliche Erträge	0		0									
- außerordentliche Aufwendungen												
+/- Haushaltsausgleich												
= außerordentliches Ergebnis	0											
= neutrales Ergebnis	0											
= Gesamtergebnis	16.705											
- Investitionen der Hauptgruppe 5							53					
- Investitionen der Hauptgruppe 8										270		
= Einnahmen und Ausgaben des Budgets			440	275		10.843	2.468	102		270	1.930	
+/- Einnahmen und Ausgaben außerhalb des Budgets												
= Kapitelsumme			440	275		10.843	2.468	102		270	1.930	

ERLÄUTERUNGEN

Noch zu Kapitel 0206

Erläuterungen zu Titeln, Produkten und Bewirtschaftungsregeln

Zu HGr. 4

Beschäftigungsvolumen (in VZE):

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ansatz 2024	Ist 2024
159,13	159,13	158,13	160,72

Zu Titel 812 10 Tsd EUR
Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen von Fachgeräten und
Zubehör für die Werkstätten und Einrichtungsgegenstände 270

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen (für den Archivalientransport)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ansatz 2024	Ist 2024
1	1	1	1

Produktbezogene Erläuterungen und Kennzahlen

Produkte mit Kennzahlen	Kennzahleneinheit	Plan 2026	Plan 2025	Ist 2024	Plan 2024
Archivgutbildung Archivgutübernahme	(Übernahmequote)	bis zu 5 %	bis zu 5 %	2,38 %	bis zu 5 %
Erschließung	(Anzahl Datensätze)	200.000	165.000	246.522	165.000
Archivgutpflege Magazinierung	(Anzahl magazinierte Archivguteinheiten)	100.000	100.000	102.536	100.000
Papierrestaurierung	(Anzahl/Blatt Papier)	110.000	110.000	100.262	110.000
Schutzverfilmung/ Digitalisierung	(Anzahl Aufnahmen)	2.000.000	2.000.000	2.318.658	2.800.000
Sicherungsverfilmung	(Anzahl Aufnahmen)	850.000	850.000	699.855	850.000
Benutzung und Auswertung Dienstleistung	(Stunden)	55.000	55.000	54.967	55.000
Benutzung	(Anzahl Archivguteinheiten analog)	55.000	55.000	63.378	55.000
	(Anzahl Archivguteinheiten digital)*	70.000	70.000	79.504	70.000

* In den Vorjahren (bis zum Jahr 2023) war die Kennzahleneinheit „Tage“.

Zu 119 10

Anpassung des Ansatzes aufgrund des Ist-Ergebnisses der Vorjahre sowie Mehreinnahmen von anderen Archiven für die Nutzung des Archivfachinformationssystems Arcinsys (vgl. Titel 547 10).

Zu 129 10

Minderbedarf aufgrund des dauerhaften Wegfalls einer Dienstwohnung in der Abteilung Bückeberg und einer Dienstwohnung in Hannover (Außenstelle Pattensen).

Zu 459 10

Mehrbedarf für Entgelte der auszubildenden Tarifbeschäftigten und Anwärterbezüge. Der Titel enthält daneben Trennungsgeldentschädigungen und Umzugskostenvergütungen in Höhe von 10.000 EUR.

Zu 511 10

Anpassung des Ansatzes aufgrund des Ist-Ergebnisses der Vorjahre.

Zu 514 10

Mehrbedarf für Verpackungsmaterial aufgrund von Preissteigerungen.

ERLÄUTERUNGEN

Zu 519 10

Mehrbedarf für gestiegene Kosten der Bauunterhaltung der 8 Liegenschaften sowie Wartung und Instandhaltung der zahlreichen Regalanlagen.

Zu 547 10

Mehrbedarf aufgrund Weiterentwicklung des Archivfachinformationssystems Arcinsys hinsichtlich Software und IT-Sicherheit sowie Erhöhung der Entwicklungskapazitäten (vgl. Titel 119 10).

Zu 812 10

Mehrbedarf für die Ersatzbeschaffung des digitalen Storage-Systems beim NLA-Hannover.

Zu 981 10

Abführung der für dieses Kapitel ermittelten Nutzungsentgelte für Liegenschaften des Landes an den Einzelplan 13.

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0206 Nds. Landesarchiv - budgetiert

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025 1000 EUR	Ansatz 2026 1000 EUR	Ansatz 2025 1000 EUR	+ = mehr - = weniger 1000 EUR	Ist 2024 1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Abschluss Kapitel 0206					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen		440	426	+14	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		275	275	—	
		Summe der Einnahmen		715	701	+14	
		4 Personalausgaben	—	10.843	10.493	+350	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst	—	2.468	2.187	+281	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	—	102	102	—	
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	270	130	+140	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	1.930	1.930	—	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	—	15.613	14.842	+771	
		Zuschuss		14.898	14.141	+757	

ERLÄUTERUNGEN

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0291 Fachaufgaben der Ämter für regionale Landesentwicklung

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
A U S G A B E N							
422 01-2	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter <i>Vgl. D-Vermerk zu 0201-422 01.</i>	—	4.402	4.458	-56	2.782
428 01-0	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer <i>Vgl. D-Vermerk zu 0201-422 01.</i>	—	—	—	—	1.108
453 01-5	011	Trennungsgeld oder -entschädigung, Umzugskostenvergütungen	—	1	1	—	—
<u>Abschluss Kapitel 0291</u>							
4 Personalausgaben			—	4.403	—	+4.403	
Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben			—	4.403	—	+4.403	
Zuschuss				4.403	—	+4.403	

ERLÄUTERUNGEN

Zu Kapitel 0291

Verlagerung von Kapitel 1691 aufgrund der Integration des Epl. 16 (Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung) in den Epl. 02 (Staatskanzlei).

Für das bei den Ämtern für regionale Landesentwicklung tätige Fachpersonal sind hier nur die Ausgaben für Dienstbezüge und dgl. (Obergruppe 42) veranschlagt.

Die Ausgaben für Beihilfen (Obergruppe 44) sind bei Kapitel 0201 veranschlagt.

Alle übrigen Einnahmen und Ausgaben sind bei Kapitel 0910 ausgebracht.

Einzelplan 02 Staatskanzlei

Titel	Fkt	Zweckbestimmung	Verpflichtungs- ermächtigung 2026 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2025	+ = mehr - = weniger	Ist 2024
1	2	3	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR	1000 EUR
1	2	3	4	5	6	7	8
		Gesamtabschluss Einzelplan 02					
		1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen		1.225	808	+417	
		2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen		1.693	275	+1.418	
		3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen		600	—	+600	
		Summe der Einnahmen		3.518	1.083	+2.435	
		4 Personalausgaben	—	45.640	27.064	+18.576	
		5 Sächliche Verwaltungsausgaben, militärische Beschaffungen usw. Ausgaben für den Schuldendienst	—	17.927	8.445	+9.482	
		6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.628	33.950	7.586	+26.364	
		7 Baumaßnahmen	50	800	—	+800	
			400				
		8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	—	895	145	+750	
		9 Besondere Finanzierungsausgaben	—	2.901	2.473	+428	
		Summe der Verpflichtungserm. / Ausgaben	6.428	102.113	45.713	+56.400	
			450				
		Zuschuss		98.595	44.630	+53.965	

Entwurf

**Übersicht über Beschäftigungsvolumen, Budget
und Stellen (BBS)**

für das

Haushaltsjahr 2026

Einzelplan 02

Staatskanzlei

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0201 Staatskanzlei

Beschäftigungsvolumen und Budget

BESCHÄFTIGUNGSVOLUMEN IN VOLLZEITEINHEITEN (VZE)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
322,50	185,14	173,81

Haushaltsvermerke zum Beschäftigungsvolumen

- A) Für bis zu insgesamt 45 Beamtinnen/Beamte sowie Beschäftigte, die im Rahmen der personellen Verstärkung vorübergehend für die Dauer von in der Regel bis zu vier Jahren an die StK abgeordnet sind, dürfen die Bezüge für die Dauer der Abordnungen abweichend von § 50 Abs. 3 LHO von den entsendenden/abordnenden Dienststellen/Verwaltungen weitergezahlt werden (s. Allg. HV A) im Stellenplan).
- B) Die Stellen bei Kapitel 0201 und 0291 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.
- C) Die Personalkostenbudgets und Beschäftigungsvolumina bei Kapitel 0201 und 0291 sind gegenseitig deckungsfähig.
- 1) 1,00 einzusparen bei EG 15 Ü mit Ausscheiden der/des Beschäftigten.
 - 2) 1,00 dürfen nur für Personalratstätigkeiten verwendet werden.
 - 7) 2,00 einzusparen mit Ausscheiden der/des Beschäftigten; davon jeweils 1 VZE bei EG 4 (Haus der Landesregierung) und EG 6 (Zentralregistratur).
 - 8) 1,00 kw mit Ablauf des 31.12.2027 (s. HV Nr. 11 im Stellenplan)
 - 9) 1,00 kw mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers (s. HV Nr. 10 im Stellenplan)

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

Zugang		Abgang	
- neue VZE		- Vollzug des HV Nr. 5	2,00
MPK, Konferenzen	1,00	- Konsolidierung	4,00
Zentrale Stelle Förderwesen	5,00	- Verlagerung	0,00
- Verlagerung aus Kapitel 1601	137,36		
- sonstige	0,00		
Summe Zugang	143,36	Summe Abgang	6,00
Bleibt Zugang	137,36		

Sonstige Veränderungen:

Der Haushaltsvermerk A) wurde aufgrund der Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) und der damit verbundenen organisatorischen Integration in die Staatskanzlei (StK) um 25 Beschäftigungsmöglichkeiten aus dem Haushaltsvermerk A) zum Beschäftigungsvolumen des Kapitels 1601 erweitert.

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 ("0,5 dürfen nur für Personalratstätigkeiten verwendet werden (vgl. HV Nr. 5 zum Stellenplan)") wurde wegen der Auflösung des MB und organisatorischer Integration in die Staatskanzlei angepasst (vgl. HV Nr. 1 zum BV (0,30 werden Personalratstätigkeiten verwendet (Tarifbeschäftigte)) im ehemaligen Epl. 16). Zudem fällt HV Nr. 5 zum Stellenplan weg.

Der Haushaltsvermerk Nr. 5 (2,0 kw mit Ablauf des 31.12.2025; davon 1 VZE zum HV Nr. 8 zum Stellenplan für "Co-Vorsitz MPK") wurde vollzogen.

Der Haushaltsvermerk Nr. 8 wurde neu aufgenommen aufgrund der Auflösung des MB und organisatorischer Integration in die StK (vgl. HV Nr. 2 zum BV (1,0 kw mit Ablauf des 31.12.2027 (s. HV Nr. 4 im Stellenplan)) im ehemaligen Epl. 16).

Der Haushaltsvermerk Nr. 9 wurde neu aufgenommen aufgrund der Auflösung des MB und organisatorischer Integration in die StK (vgl. HV Nr. 3 zum BV (1,0 kw kw mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers (s. HV Nr. 2 im Stellenplan)) im ehemaligen Epl. 16).

Die jeweils unter "Ansatz 2025" ausgewiesenen Beträge beinhalten nur den Ansatz des Kapitels 0201. Der BV-Ansatz des Kapitels 1601 betrug in 2025 137,36 VZE, der Ansatz des Personalkostenbudgets betrug im Kapitel 1601 11.842.000 EUR.

Die jeweils unter "Ist 2024" ausgewiesenen Beträge beinhalten nur den Ansatz des Kapitels 0201. Das BV-Ist des Kapitels 1601 betrug in 2024 128,32 VZE, das Ist des Personalkostenbudgets betrug im Kapitel 1601 10.718.000 EUR.

PERSONALKOSTENBUDGET IN TSD. EUR (nachrichtlich)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
28.126	15.645	14.026

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0201 Staatskanzlei

Stellen

S T E L L E N P L A N				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl			Stellenbezeichnung
	2026	2025	Ist 2025	
Planmäßige Richter/-innen und Beamtinnen/Beamte				
Feste Gehälter:				
B 10	1	1	1	Staatssekretärin/Staatssekretär als Chefin/Chef der Staatskanzlei
B 9 ¹⁾	2	1	1	Staatssekretärin/Staatssekretär
B 6	5	2	2	Ministerialdirigentin/Ministerialdirigent
B 4	1	0	0	Leitende Ministerialrätin/Leitender Ministerialrat
B 3 ¹⁰⁾	9	4	4	Leitende Ministerialrätin/Leitender Ministerialrat
B 2	24	18	17	Ministerialrätin/Ministerialrat
Aufsteigende Gehälter:				
A 16	28	15	14	Ministerialrätin/Ministerialrat
A 15 ⁴⁾	26	14	13	Direktorin/Direktor
A 14 ⁴⁾	9	5	5	Oberrätin/Oberrat
A 13	2	2	1	Rat/Rätin, 2. EA der LG 2
A 13	79	53	50	Oberamtsrätin/Oberamtsrat bzw. Rat/Rätin, sofern nicht 2. EA der LG 2
A 12	16	10	9	Amtsärztin/Amtsarzt
A 11 ¹¹⁾	4	2	2	Amtfrau/Amtmann
A 9 ²⁾	1	1	1	Amtsinspektorin/Amtsinspektor
A 9	7	4	4	Amtsinspektorin/Amtsinspektor
	214	132	124	Zusammen
Leerstellen:				
	0	0	0	Zusammen

- A) Für bis zu insgesamt 45 Beamtinnen/Beamte sowie Beschäftigte, die im Rahmen der personellen Verstärkung vorübergehend für die Dauer von in der Regel bis zu 4 Jahren an die StK abgeordnet sind, dürfen die Bezüge für die Dauer der Abordnungen abweichend von § 50 Abs. 3 LHO von den entsendenden bzw. abordnenden Dienststellen/Verwaltungen weitergezahlt werden.
- B) Die Stellen bei Kapitel 0201 und 0291 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.
- ¹⁾ Stelleninhabende erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. B 9 der Anlage 2 zum NBesG.
- ²⁾ Stelleninhabende erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A 9 der Anlage 1 zum NBesG.
- ⁴⁾ Eine Stelle darf von einem/r Richter/in bzw. Staatsanwältin/Staatsanwalt (Bes.-Gr. R 1 oder R2) in Anspruch genommen werden.
- ¹⁰⁾ 1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers/der Stelleninhaberin in der LV Berlin
- ¹¹⁾ 1 kw mit Ablauf des 31.12.2027

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang	Stellen	Abgang	Stellen
Bes.-Gr. B 9 (Staatssekretärin/ Staatssekretär)	1	Bes.-Gr. A 15 (Direktorin/Direktor)	1
Bes.-Gr. B 6 (Ministerialdirigentin/ Ministerialdirigent)	3		
Bes.-Gr. B 4 (Leitende Ministerialrätin/ Leitender Ministerialrat)	1		
Bes.-Gr. B 3 (Leitende Ministerialrätin/ Leitender Ministerialrat)	5		
Bes.-Gr. B 2 (Ministerialrätin/ Ministerialrat)	6		

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0201 Staatskanzlei

Bes.-Gr. A 16 (Ministerialrätin/ Ministerialrat)	13	1 neu Zentrale Stelle Förderwesen 12 Verlagerungen von Kapitel 1601		
Bes.-Gr. A 15 (Direktorin/ Direktor)	13	1 neu (MPK, Konferenzen) 1 neu Zentrale Stelle Förderwesen 11 Verlagerungen von Kapitel 1601		
Bes.-Gr. A 14 (Oberrätin/Oberrat)	4	4 Verlagerungen von Kapitel 1601		
Bes.-Gr. A 13 (Oberamtsrätin/Oberamtsrat bzw. Rätin/Rat, sofern nicht 2. EA der LG 2)	26	1 Umwandlung von EG 12 1 neu Zentrale Stelle Förderwesen 24 Verlagerungen von Kapitel 1601		
Bes.-Gr. A 12 (Amtsrätin/Amtsrat)	6	1 neu Zentrale Stelle Förderwesen 5 Verlagerungen von Kapitel 1601		
Bes.-Gr. A 11 (Amtfrau/Amtmann)	2	Verlagerungen von Kapitel 1601		
Bes.-Gr. A 9 (Amtsinspektorin/ Amtsinspektor)	3	Verlagerungen von Kapitel 1601		
Summe Zugang	83		Summe Abgang	1
Bleibt Zugang	82			

Sonstige Veränderungen:

Haushaltsvermerk A) erweitert um 25 Beschäftigungsmöglichkeiten aus HH-Vermerk A zum Stellenplan Kapitel 1601.

Haushaltsvermerk Nr. 8 (1 Stelle kw mit Ablauf des 31.12.2025) wurde vollzogen.

Haushaltsvermerk Nr. 10 neu eingefügt wegen Verlagerung der mit kw-Vermerk versehenen B 3-Stelle aus Kapitel 1601.

Haushaltsvermerk Nr. 11 neu eingefügt wegen Verlagerung der mit kw-Vermerk versehenen A 11-Stelle aus Kapitel 1601.

Haushaltsvermerk Nr. 9 gestrichen ("Eine Stelle für BCM darf nur zur Hälfte in Anspruch genommen werden.") wegen Zusammenführung zweier hälftiger Beschäftigungsmöglichkeiten aus den Kap. 0201 und 1601.

Haushaltsvermerk Nr. 5 gestrichen ("Davon 0,5 Stellenanteile, die nur für eine Tätigkeit nach §§ 39, 48 NPersVG verwendet werden dürfen.") wegen Zusammenführung Kapitel 0201 und 1601 und Personalratsneuwahlen (siehe weiter bestehenden Haushaltsvermerk Nr. 2 zum Beschäftigungsvolumen).

Unter Stellenzahl und Ist-Stellenzahl 2025 ist die Stellenzahl und Ist-Stellenzahl des Kapitels 0201 ausgewiesen.

Kapitel 1601 (MB) bis 31.12.2025:

Bes.-Gr.	Stellenzahl			Stellenbezeichnung
	2026	2025	Ist 2025	

**Planmäßige Richter/-innen und
 Beamtinnen/Beamte**

Feste Gehälter:

B 9	0	1	1 Staatssekretärin/Staatssekretär
B 6	0	3	3 Ministerialdirigentin/Ministerialdirigent
B 4	0	1	1 Leitende Ministerialrätin/Leitender Ministerialrat

Einzelplan	02	Staatskanzlei
Kapitel	0201	Staatskanzlei

B 3	0	5	5 Leitende Ministerialrätin/Leitender Ministerialrat
-----	---	---	--

B 2	0	6	6 Ministerialrätin/Ministerialrat
-----	---	---	-----------------------------------

Aufsteigende Gehälter:

A 16	0	12	12 Ministerialrätin/Ministerialrat
------	---	----	------------------------------------

A 15	0	11	10 Direktorin/Direktor
------	---	----	------------------------

A 14	0	4	3 Oberrätin/Oberrat
------	---	---	---------------------

A 13	0	24	22 Oberamtsrätin/Oberamtsrat bzw. Rat/Rätin, sofern nicht 2. EA der LG 2
------	---	----	--

A 12	0	5	4 Amtsrätin/Amtsrat
------	---	---	---------------------

A 11	0	2	1 Amtfrau/Amtmann
------	---	---	-------------------

A 9	0	3	2 Amtsinspektorin/Amtsinspektor
-----	---	---	---------------------------------

	<hr/>	77	70 Zusammen
--	-------	----	-------------

Leerstellen:

	<hr/>	0	0	0 Zusammen
--	-------	---	---	------------

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0206 Landesarchiv

Beschäftigungsvolumen und Budget

BESCHÄFTIGUNGSVOLUMEN IN VOLLZEITEINHEITEN (VZE)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
159,13	159,13	160,72

Haushaltsvermerke zum Beschäftigungsvolumen

- 10) 1,00 einzusparen bei EG 3 mit Ausscheiden der Beschäftigten/des Beschäftigten (Abteilung Hannover), voraussichtlich 2030.
- 11) 1,00 einzusparen bei EG 3 mit Ausscheiden der Beschäftigten/des Beschäftigten (Abteilung Wolfenbüttel), voraussichtlich 2031.

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

Zugang

- neue VZE	0,00
- Verlagerung	0,00
- sonstige	0,00

Summe Zugang 0,00

Bleibt Zugang 0,00

Sonstige Veränderungen:

Abgang

- Vollzug HV	0,00
- Verlagerung	0,00
- sonstige	0,00

Summe Abgang 0,00

PERSONALKOSTENBUDGET IN TSD. EUR (nachrichtlich)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
10.453	10.126	10.021

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0206 Landesarchiv

Stellen

S T E L L E N P L A N				Haushaltsvermerke	
Bes.-Gr.	Stellenzahl			Stellenbezeichnung	Allgemeine Haushaltsvermerke
	2026	2025	Ist 2025		
				Planmäßige Richter/-innen und Beamtinnen und Beamte	
				Feste Gehälter:	
B 2	1	1	1	Präsidentin/Präsident	2) 4 (4) DW.
				Aufsteigende Gehälter:	3) 2 (2) Stelleninhaberinnen/Stelleninhaber erhalten eine Hausdienstvergütung nach EG 2.
A 16	3	3	3	Leitende Direktorin/Direktor	4) Die Stelleninhaberinn/Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage nach Fußnote 1 zur Bes.-Gr. A5 der Anlage 1 zum NBesG.
A 15	8	8	8	Direktorin/Direktor	
A 14	13	13	13	Oberrätin/Oberrat	
A 13	6	6	6	Rätin/Rat. 2. EA der LG 2	
A 13	2	2	2	Oberamtsrätin/Oberamtsrat bzw. Rätin/Rat sofern nicht 2. EA der LG 2	
A 12	5	5	5	Amtsärztin/Amtsrat	
A 11	7	7	7	Amtfrau/Amtmann	
A 10	7	7	7	Oberinspektorin/Oberinspektor	
A 9	6	6	6	Inspektorin/Inspektor	
A 9	2	2	2	Amtsinspektorin/Amtsinspektor	
A 7 ²⁾	8	8	8	Obersekretärin/Obersekretär	
A 6	2	2	2	Sekretärin/Sekretär	
A 6 ²⁾³⁾	3	3	3	Betriebsassistentin/Betriebsassistentin	
A 5 ⁴⁾	6	6	5	Betriebsassistentin/Betriebsassistentin	
	<u>79</u>	<u>79</u>	<u>78</u>	Zusammen	

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0206 Landesarchiv

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen unterliegen folgender Regelung der NStOGrVO

Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt

Bes.-Gr.	davon	
	Allg. Obergrenzen	
	§ 3 Nr. 3 VO	
	2026	2025
B2	1	1
A 16+Z	0	0
A 16	3	3
A 15	8	8
A 14	13	13
A 13	6	6
Insgesamt	31	31

Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Bes.-Gr.	davon	
	Allg. Obergrenzen	
	§ 3 Nr. 2 VO	
	2026	2025
A 13+Z	0	0
A 13	2	2
A 12	5	5
A 11	7	7
A 10	7	7
A 9	6	6
Insgesamt	27	27

Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Bes.-Gr.	davon	
	Allg. Obergrenzen	
	§ 3 Nr. 1 VO	
	2026	2025
A 9+Z	0	0
A 9	2	2
A 8	0	0
A 7	8	8
A 6	2	2
Insgesamt	12	12

Zugang	Stellen	Abgang	Stellen
Summe Zugang	0	Summe Abgang	0
Bleibt Zugang	0		

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0206 Landesarchiv

B E D A R F S N A C H W E I S				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl			Stellenbezeichnung
	2026	2025	Ist 2025	
				Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst
A 13	2	2	2	Referendarin/Referendar
A 9	6	6	5	Inspektoranwärterin/Inspektoranwärter
	8	8	7	Zusammen

Erläuterungen zum Bedarfsnachweis			
Zugang	Stellen	Abgang	Stellen
Summe Zugang	0	Summe Abgang	0
Bleibt Zugang	0		

Sonstige Veränderungen:

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0291 Ämter für regionale Landesentwicklung

Beschäftigungsvolumen und Budget

BESCHÄFTIGUNGSVOLUMEN IN VOLLZEITEINHEITEN (VZE)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
51,17	51,17	45,66

Haushaltsvermerke zum Beschäftigungsvolumen

- A) Die Stellen bei Kapitel 0201 und 0291 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.
 B) Die Personalkostenbudgets und Beschäftigungsvolumina bei Kapitel 0201 und 0291 sind gegenseitig deckungsfähig.
 1) 1,00 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers (s. HV Nr. 2 im Stellenplan)

Erläuterungen zum Beschäftigungsvolumen

Zugang		Abgang	
- neue VZE	0,00	- Verlagerung	0,00
- Verlagerung	0,00	- sonstige	0,00
- sonstige	0,00		
Summe Zugang	0,00	Summe Abgang	0,00
Bleibt Zugang	0,00		

Sonstige Veränderungen:

Wegen der Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) wird das ehemalige Kapitel 1691 in das Kapitel 0291 überführt. Die Ansätze 2025 und die Ist-Zahlen 2024 weisen die Ansätze und Ist-Zahlen des ehemaligen Kapitels 1691 aus.

PERSONALKOSTENBUDGET IN TSD. EUR (nachrichtlich)

Ansatz 2026	Ansatz 2025	Ist 2024
4.402	4.458	3.890

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0291 Ämter für regionale Landesentwicklung

Stellen

S T E L L E N P L A N				Haushaltsvermerke
Bes.-Gr.	Stellenzahl			Stellenbezeichnung
	2026	2025	Ist 2025	
				Planmäßige Richter/-innen und Beamtinnen und Beamte
				Feste Gehälter:
B 6	4	4	4	Landesbeauftragte/Landesbeauftragter für regionale Landesentwicklung
B 2	4	4	4	Direktorin/Direktor beim Amt für regionale Landesentwicklung
				Aufsteigende Gehälter:
A 16	3	3	3	Leitende Direktorin/leitender Direktor
A 15	4	4	4	Direktor/-in
A 14	7	7	6	Oberrat/-rätin
A 13	9	9	8	Oberamtsrat/-rätin bzw. Rat/Rätin, sofern nicht 2. EA der LG 2
A 12 ²⁾	18	18	13	Amtsrat/-rätin
A 11	3	3	3	Amtmann/Amtmännin/Amtfrau
A 9 ¹⁾	1	1	0	Amtsinspektor/-in
A 7	1	1	0	Obersekretär/-in
A 6	2	2	0	Sekretär/-in
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	Zusammen
	56	56	45	
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	Zusammen
	0	0	0	
				Leerstellen:
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	Zusammen
	0	0	0	

^{A)} Die Stellen bei Kapitel 0201 und 0291 können gegenseitig in Anspruch genommen werden.

¹⁾ Der/die Stelleninhaber/-in erhält eine Amtszulage gem. Fußnote 1 zur BesGr. A 9 der Anl. 1 zum NBesG

²⁾ 1 kw mit Ausscheiden des Stelleninhabers

Einzelplan 02 Staatskanzlei
 Kapitel 0291 Ämter für regionale Landesentwicklung

Erläuterungen zum Stellenplan

Die Planstellen unterliegen folgender Regelung der NStOGrVO

Bes.-Gr.	davon	
	Allg. Obergrenzen	
	§ 3 Nr. 3 VO	
	2025	2024
B 2	4	4
A 16 +Z	0	0
A 16	3	3
A 15	4	4
A 14	7	7
A 13	0	0
Insgesamt	18	18

Bes.-Gr.	davon	
	Allg. Obergrenzen	
	§ 3 Nr. 2 VO	
	2025	2024
A 13 +Z	0	0
A 13	9	9
A 12	18	18
A 11	3	3
A 10	0	0
A 09	0	0
Insgesamt	30	30

Bes.-Gr.	davon	
	Allg. Obergrenzen	
	§ 3 Nr. 1 VO	
	2025	2024
A 9 +Z	1	1
A 9	0	0
A 8	0	0
A 7	1	1
A 6	2	2
Insgesamt	4	4

Erläuterungen zum Stellenplan

Zugang	Stellen	Abgang	Stellen
Summe Zugang	0	Summe Abgang	<u>0</u>
Bleibt	0		

Einzelplan 02 Staatskanzlei
Kapitel 0291 Ämter für regionale Landesentwicklung

Leerstellen

Zugang	Stellen	Abgang	Stellen
Summe Zugang	0	Summe Abgang	<u>0</u>
Bleibt	<u>0</u>		

Hebung Stellen

Sonstige Veränderungen:

Wegen der Auflösung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (MB) wird das ehemalige Kapitel 1691 in das Kapitel 0291 überführt. Die Ansätze 2025 und die Ist-Zahlen 2024 weisen die Ansätze und Ist-Zahlen des ehemaligen Kapitels 1691 aus.